

Es geht um Brandenburg.

# Es geht Brandenburg

Landtagswahlprogramm 1999

Brandenburg

A 99 - 06667

**SPD**

## **Impressum:**

**Arbeit - Sicherheit - Gerechtigkeit.**

... weil wir Brandenburg *menschlich* gestalten wollen.  
Landtagswahlprogramm 1999 bis 2004.

Redaktion: Thorsten Lütke

Verantwortlich: Klaus Ness

Gestaltung: Lars Krumrey

Umschlag: Agentur Bellot

SPD-Landesverband Brandenburg, Friedrich-Ebert-Straße 61,  
14469 Potsdam

Telefon: 0331-292 030

Telefax: 0331-270 85 35

E-mail: [info@SPD-Brandenburg.de](mailto:info@SPD-Brandenburg.de)

Internet: <http://www.spd-brandenburg.de>

**A 99 - 06667**



*habe Mitbürgerinnen und Mitbürger*

am 5. September geht es um Brandenburg. Die Menschen haben in den letzten zehn Jahren gewaltige Veränderungen tapfer durchgestanden und viel erreicht. Nun geht es darum, daß Brandenburg auf einem guten Weg bleibt.

Mit dem Wahlprogramm stellen wir dafür die Weichen und machen deutlich, was wir in allen Bereichen der Politik geleistet haben und was an Aufgaben noch vor uns liegt.

Ich will nur einige Beispiele besonders herausheben:

\* Arbeit ist und bleibt das wichtigste Gut für die Menschen und die wichtigste Aufgabe für uns Sozialdemokraten. Unsere Politik ist es, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Unsere Politik ist es, den Menschen Brücken zu bauen: Nur Arbeit heißt Zukunft!

Und weil das so ist, werden wir auch in Zukunft alles tun, um den Menschen eine Chance auf Beschäftigung und Qualifizierung zu geben.

Jeder weiß und soll weiter wissen, daß allen voran Regine Hildebrandt und ich unermüdlich um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Wir konnten erreichen, daß im Schnitt der letzten Jahre die Arbeitslosigkeit in Brandenburg die zweitniedrigste im Osten war. Bei den entscheidenden Wirtschafts-Indikatoren sind wir seit Jahren Spitze im Osten. Zugleich halten wir zu denen, die den Sprung in den regulären Arbeitsmarkt noch nicht geschafft haben. Für uns ist ABM keine Sünde gegen die

Kräfte die Marktwirtschaft. Für uns ist aktive Arbeitsmarktpolitik praktische Solidarität. Das soll so bleiben!

\* Arbeit braucht Ausbildung. Wir sorgen dafür, jedem Jugendlichen eine Ausbildung und damit eine Chance auf seine Zukunft zu geben. Das soll so bleiben!

\* Bildung und Wissenschaft sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft. Wir stellen unser Bildungssystem auf die Herausforderungen der Zeitenwende ein, die die Informations- und Wissensgesellschaft bringt. Deshalb wird Brandenburgs Zukunft davon abhängen, wie wir eine der großen Zukunfts-Herausforderungen meistern: wir müssen - wie alle anderen Länder auch - unser Bildungssystem auf das 21. Jahrhundert einstellen. Die Qualität von Schule, Hochschule, Ausbildung und der ständigen berufsbegleitenden Weiterbildung wird darüber entscheiden, ob wir den Anschluß an die Zukunft behalten. Mit unserem Programm stellen wir die richtigen Weichen.

\* Wir tragen Verantwortung für das *ganze* Land und für alle Menschen, die hier leben.

Wir fördern die berlinnahen Regionen. Ich bin froh über jeden gut laufenden Betrieb dort. Aber wir werden nicht tatenlos die schwächeren Regionen ihrem Schicksal überlassen. Wir sind allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern verpflichtet. Ich denke gar nicht daran, auch nur ein Stück von unserer tatkräftigen Solidarität mit der Lausitz, mit der Uckermark oder der Prignitz einzustellen!

Brandenburg kann sich sehen lassen; unsere Bilanz der letzten Jahre ist gut, wie eine kleine Auswahl verdeutlicht:

- Wichtige industrielle Kerne wurden gefestigt und modernisiert, und mit der Braunkohleförderung und -verstromung haben wir einen wichtigen Wirtschaftsfaktor im Lande.
- Brandenburg hat in den letzten vier Jahren das höchste Wirtschaftswachstum im Osten vorgelegt.
- Die Menschen in Brandenburg produzieren gegenüber 1991 doppelt so viele Waren und erbringen doppelt so viele Leistungen.

Zugleich ist die Produktivität am höchsten in Ostdeutschland. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

- Im Bereich der Medientechnologie, im Fahrzeugbau und in der Verkehrstechnologie, aber auch in der Biotechnologie sind viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden.
- Brandenburg gewinnt zugleich einen Ruf als Technologieland. In den 21 Technologie- und Gründerzentren arbeiten schon 2.000 Menschen.
- Wir sind Spitzenreiter bei den Existenzgründungen.
- Und schließlich ist Brandenburg das einzige Land im Osten, das bisher insgesamt einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen kann.

Wir setzen uns konsequent und erfolgreich für Innen-Sicherheit ein:

Mit der Novelle des Polizeiaufgabengesetzes werden wir ein Instrument einführen, das den Verfolgungsdruck weiter erhöhen wird - die verdachtsunabhängigen Kontrollen im Grenzgebiet. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen:

- Die Aufklärungsquoten steigen und unsere Polizei macht eine hervorragende Arbeit.
- Wir haben 800 Polizisten mehr als vor fünf Jahren. Wir verbessern den technischen Standard und die Ausrüstung unserer Polizei weiter.
- Die Gerichtsverfahren wurden beschleunigt und gestrafft, damit die Strafe der Untat auf dem Fuße folgt. Auch mit den teils spektakulären Gefängnisausbrüchen werden wir uns nicht abfinden. Eine "zentrale Sicherungsgruppe" arbeitet an der besseren Ausbruchssicherung.

Politik kann nur gut und erfolgreich sein, wenn sie das Vertrauen der Menschen immer wieder neu gewinnt. Vertrauen gewinnen wir durch die Substanz unseres Handelns und dadurch, daß für uns die Sorgen und Bedrängnisse genauso wie die Hoffnungen der Menschen Ansporn für unser Tun sind.

Und wir gewinnen Vertrauen dadurch, weil wir als Sozialdemokraten ganz persönlich verwurzelt sind in unserem Land. Ich persönlich habe

es immer als Ehre empfunden, mich für die Menschen in unserem Land einzusetzen. Auch zu Zeiten der DDR, als politisches Handeln ungleich schwieriger war als heute, war ich immer tief entschlossen, hier zu bleiben, durch dick und dünn zu gehen und zu tun, was möglich ist, damit dieses Land menschenfreundlicher wird.

Wir stehen für einen Weg in die Zukunft, der das Land auf einem guten Weg hält.

Ihr

Manfred Stolpe

# I. Arbeitsplätze und Innovation.

... damit wir Zukunft für Brandenburg entwickeln.

Arbeit für die Menschen in Brandenburg ist unser wichtigstes Ziel. Die Schaffung neuer und den Erhalt bestehender Arbeitsplätze stehen im Zentrum unserer Politik. Dafür wollen wir alle Gestaltungsspielräume der Politik vollständig ausschöpfen.

Mit der neuen Bundesregierung können wir dabei auf eine wirkungsvolle Unterstützung durch die Bundespolitik rechnen.

Wir werden die Arbeitslosigkeit weiter aktiv bekämpfen und so die Zukunft Brandenburgs sichern. Dafür sind die richtigen Weichenstellungen erfolgt. Jetzt kommt es darauf an, den eingeschlagenen Weg erfolgreich fortzusetzen.

Wir betreiben und unterstützen eine aktive Wirtschaftspolitik, die industrielle Standorte erhält und entwickelt, kleine und mittlere Unternehmen fördert und Eigeninitiative für neue Wirtschaftsgründungen anregt und forciert. Diese Wirtschaftspolitik muß von einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik flankiert werden, die Fortbildung, Strukturanpassung und Arbeitsbeschaffung koordiniert. Wir begreifen aktive Arbeitsmarktpolitik als sinnvolle Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Chancen jedes einzelnen werden am stärksten durch seine Qualifikation und Ausbildung bestimmt. Deswegen wollen wir Chancengleichheit für alle – unabhängig von sozialer oder regionaler Herkunft. Gute Bildung und gute Ausbildung sind der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, deshalb werden wir die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen stärken. Die brandenburgischen Hochschulen haben sich in wenigen Jahren zu Ausgangspunkten für wirtschaftliches, wissenschaftliches und technologisches Wachstum entwickelt. Dabei werden wir sie in Zukunft noch stärker unterstützen. Um Innovationen hervorzubringen, brauchen Bildung und Wissenschaft Freiräume. Gleichzeitig müssen junge Menschen in unseren Schulen und Hochschulen optimal auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Das ist für uns kein Widerspruch.

Wir stärken die Hochschul-, Wissenschafts- und Technologiepolitik, um unsere Zukunftspotentiale in Brandenburg zu erweitern. Wir haben uns mit der Medienpolitik des Landes Brandenburg erfolgreich auf die zukünftigen Entwicklungen eingestellt und wollen weiter den Weg in eine Informationsgesellschaft gestalten, an der alle teilhaben können. Nur so werden wir Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien und Zukunftsdienstleistungen für Brandenburger schaffen.

Arbeit schaffen ist die Querschnittsaufgabe für alle Bereiche der Landespolitik. Nur mit einer großen gemeinsamen Anstrengung von Arbeitnehmern, Unternehmen, Wissenschaft und Politik können wir die wirtschaftlichen Probleme unseres Landes lösen. Wir werden uns in das nationale Bündnis für Arbeit und die europäischen Bemühungen zur Beschäftigungssicherung einbringen.

## Brandenburgs Wirtschaft stärken

Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist, eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Brandenburg zeigt Erfolge: Erstmals seit der Wende dominierte die Industrie 1997 als Antriebskraft. Sie löste die Bauwirtschaft als Schrittmacher für den Aufbau und das Wirtschaftswachstum ab. 1997 konnte bei einem Gesamtumsatz von 26,3 Mrd. DM eine Steigerung von 13,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht werden. Großen Anteil an dieser Umsatzsteigerung hatten die Branchen des verarbeitenden Gewerbes, die höherwertige und innovative Güter vermarkten.

Im Rahmen der Investitionsförderung hat Brandenburg zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union seit 1990 über 11,3 Mrd. DM in die Wirtschaftsförderung investiert. Damit wurden über 6 500 gewerbliche Projekte und fast 700 Infrastrukturvorhaben gefördert. Zusätzlich wurden aus Mitteln des Landes über 200 Mio. DM für Technologieförderung und über 240 Mio. DM für die Förderung erneuerbarer Energien aufgewendet.

Die starke Produktivitätssteigerung verschafft Unternehmen in Brandenburg jetzt einen Wettbewerbsvorteil. Gemessen am Umsatz

je Beschäftigten ist die Produktivität in der Industrie in nur sechs Jahren von durchschnittlich 28 auf 80 Prozent im Vergleich zum Westen gestiegen. Gleichzeitig aber konnte der Beschäftigungsabbau der Nachwendejahre gestoppt werden, die Beschäftigung in der Industrie nimmt wieder zu.

Zum zweiten Mal in Folge erzielte Brandenburg 1997 mit real 2,9 Prozent das höchste Wirtschaftswachstum unter allen Bundesländern. Doch wie überall in Ostdeutschland ist ein selbsttragender Aufschwung noch nicht geschafft. Deshalb bleibt es Aufgabe sozialdemokratischer Politik in Brandenburg, ein stetiges Wachstum zu organisieren, um so einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen.

Wir wollen eine gezielte Politik der Industrialisierung, der Unterstützung des produzierenden Gewerbes und der überregionalen Dienstleistungen. Industrielle Produkte und überregionale Dienstleistungen sichern die Position Brandenburgs auf den nationalen und internationalen Märkten. Dies ist Voraussetzung für eine hohe Kaufkraft und Wertschöpfung in Brandenburg, von der alle anderen Bereiche profitieren: das lokale Handwerk und der Einzelhandel sowie persönliche und produktnahe Dienstleistungen.

Brandenburg muß sich mit neuen Ideen auf neuen Märkten einen Namen machen. Deshalb wollen wir die Förderung von innovativen Produkten aus Brandenburg verstärken.

Auch zukünftig bedarf es einer Ausrichtung unserer Politik an vier wichtigen Prinzipien:

- Eine beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Investitionspolitik besitzt Priorität.
- Die Stabilisierung und Schaffung von Arbeitsplätzen bedarf der Ausrichtung auf Natur und Umwelt mit einem Konzept nachhaltiger Entwicklung.
- Das Wachstum muß so gestaltet werden, daß möglichst viele Menschen die Chance auf eine bezahlte Arbeit erhalten.
- Zur Sicherung der Innovation und als Investition in die Zukunft Brandenburgs muß der weitere Ausbau der Hochschul- und

Forschungslandschaft erfolgen unter besonderer Förderung der angewandten Forschung.

## Industrie in Brandenburg - im Kern stabil

Industriebetriebe schaffen Kaufkraft für Handwerk, Handel und Dienstleistung. Sie brauchen Zulieferung aus der regionalen Wirtschaft. Damit sind sie das Rückgrat für einen starken Mittelstand, eine wirtschaftsnahe Forschung und für moderne Dienstleistungen.

Brandenburg verfügt heute über zahlreiche Industriestandorte mit einer immer vielfältigeren Industriestruktur. Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik ist es, Betriebe zu stabilisieren und neue hinzuzugewinnen, um wettbewerbsfähige Industriearbeitsplätze zu schaffen.

Für lebensfähige Unternehmen, die in eine Notlage geraten sind, müssen weiterhin unbürokratisch und effizient Unterstützungen zur Verfügung stehen: Liquiditäts- und Konsolidierungshilfen werden wir auch künftig nur dann verwenden, wenn durch ein betriebliches Konzept die Überlebensfähigkeit des Unternehmens auf Dauer gesichert werden kann.

In der Industriepolitik wollen wir eine enge Verzahnung mit einer Innovationspolitik für Brandenburg, um neue Werkstoffe, Umwelttechnologien sowie Anwendungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien zu ermöglichen. Die Branchen Verkehrstechnik, Medien und Telekommunikation haben sich zu Schwerpunkten mit guten Wachstumschancen entwickelt. Unsere Wirtschaftspolitik wird auch weiterhin die erfolversprechenden strategischen Felder erkennen und in der Entwicklung unterstützen.

## Mittelstand in Brandenburg - Motor für Wirtschaft und Arbeitsplätze

Das Land Brandenburg ist Spitzenreiter bei Unternehmensgründungen. Seit 1990 sind auf 10 000 Einwohner netto 506 Gewerbe angemeldet worden. Dabei sind die fast 800 Gründungen in inno-

vativen Bereichen für die Entwicklung des Landes besonders wichtig. Insgesamt sind seit 1990 über 87 000 Unternehmen in Brandenburg neu gegründet worden. Im Vergleich der ostdeutschen Länder stehen wir damit auf Platz 1 vor Sachsen. Viele dieser kleinen und Kleinstunternehmen haben große Chancen, aus ihren Nischen heraus zu wachsen und als moderne Mittelständler zu tragenden Pfeilern der brandenburgischen Wirtschaft zu werden.

Freiberufler wie Ärzte, Ingenieure, Architekten, Rechtsanwälte und Notare haben in den vergangenen Jahren rund 10.000 Arbeitsplätze geschaffen. Sie bilden gemeinsam mit den kleinen und mittleren Unternehmen im produzierenden und im Dienstleistungsbereich einen wirtschaftlichen Grundstock für unser Land. Wir wollen mit unserer Politik ihre Existenz dauerhaft sichern.

Wir wollen eine neue Kultur der Selbständigkeit. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, wollen wir die Zahl der Selbständigen erhöhen, insbesondere in den Marktbereichen mit überregionalem Absatz und hohem Wachstum. Bis 1989 ist Selbständigkeit verhindert und behindert worden. Die Vorbereitung in unseren Schulen, in der Berufsausbildung und in den Hochschulen auf die Selbständigkeit muß in den nächsten Jahren stärker entwickelt werden. Mit unseren Programmen haben wir diesen Wandel schon eingeleitet. Kleine und mittlere Unternehmen aus Brandenburg wollen wir durch die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand weiterhin fördern.

Die Gründung von Unternehmen wollen wir durch die Förderung der Existenzberatung und Begleitung unterstützen. Die Möglichkeiten Kredite für Existenzgründer durch Bürgschaften abzusichern, wollen wir weiter entwickeln. Wir wollen durch Initiativen auch auf Bundesebene erreichen, daß Kapital, das in neu gegründete Unternehmen und Arbeitsplätze investiert wird, durch Veränderung der Besteuerung genauso attraktiv angelegt werden kann wie bei Investitionen in Gebäude. Dies ist besonders in der Startphase notwendig. Neu gegründete Unternehmen leiden teilweise darunter, daß die Unternehmensführungen Defizite aufweisen im Bereich der Betriebswirtschaft, des Qualitätsmanagements, bei Kundenbetreuung und Kundendienst oder im Bereich des Marketings. Hier wollen wir

insbesondere den Marktzugang Brandenburger Unternehmen unterstützen, indem wir Unterstützung beim Listing, bei der Messepräsentation und bei der Werbung leisten.

Innerhalb kleiner und mittlerer Unternehmen wollen wir die fortlaufende Qualifizierung der Beschäftigten erreichen und unterstützen, dadurch sollen die Voraussetzungen für die Einführung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien geschaffen werden.

Im Land und auf Bundesebene werden wir uns für die Vereinfachung von Gründungsformalitäten und des Zugangs zu Förderprogrammen einsetzen. Ebenso wollen wir Selbständigen den Eintritt in die Arbeitslosenversicherung ermöglichen, um eine bessere soziale Absicherung beim möglichen Scheitern der eigenen Firma zu schaffen.

Kleinen und mittleren Unternehmen muß ein einfacher und leicht finanzierbarer Zugang zu Forschungseinrichtungen ermöglicht werden, um das technologische Niveau der Produkte zu heben. Das Ziel ist, regionale Wertschöpfungsketten zur Herstellung komplexer Güter zu schaffen.

## Energie in Brandenburg - ökologisch erzeugen und nutzen

Wir haben schon jetzt eine Energiepolitik umgesetzt, die die heimische Ressource Braunkohle nutzt und gleichzeitig auf die ökologische Erneuerung setzt.

Mit dem Einsatz von Braunkohle treten wir ein für die zuverlässige und kostengünstige Bereitstellung von Strom und für deren effizienten Einsatz, so daß die Belastungen der Umwelt so gering wie möglich sind. Beispielhaft ist am Standort Schwarze Pumpe das weltweit modernste und sauberste Braunkohlekraftwerk errichtet worden. Ebenso stellt das Heizkraftwerk Cottbus eine innovative Lösung der Braunkohleverstromung auf kommunaler Ebene dar.

Durch eine gezielte Struktur- und Förderpolitik ist der Prozeß von der herkömmlichen Nutzung fossiler Brennstoffe über die vorrangige Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung bis Nutzung fossiler hin zur

Nutzung regenerativer Energieträger zu gestalten. Es besteht die große Chance, die ökologische Erneuerung mit einem zukunftsorientierten nachhaltigen Wirtschaften zu verbinden.

Mindestens fünf Prozent unseres Energieaufkommens sollen aus regenerativen Energien gewonnen werden, weil sie eine Zukunftsinvestition in den ökologischen Strukturwandel sind. Wir wollen, daß Energieeinsparpotentiale ausgeschöpft werden; Energiesparen ist eine Aufgabe aller und hat Vorrang vor dem Ausbau der Energiekapazitäten. Wir wollen eine Entwicklung der Stromerzeuger von Energieversorgern hin zu Energiedienstleistern.

In der nächsten Legislaturperiode wird das Energiekonzept, das die zur Strukturänderung notwendigen Maßnahmen für alle Politikbereiche aufzeigt, schrittweise weiter umgesetzt. In Zeiten knapper Kassen gewinnt die Kommunikation und Veröffentlichung von innovativen, effizienten Lösungen immer größere Bedeutung. Deshalb unterstützen und fördern wir alle Bemühungen, die die Ziele der Agenda 21 umsetzen. Wir wollen die Städte und Gemeinden einladen, ein gemeinsames Programm „Solardächer auf öffentlichen Gebäuden“ von Land und Kommunen aufzulegen.

## Brandenburgs Exportwirtschaft - "Made in Brandenburg" stärken

Der Exportanteil Brandenburger Unternehmen steigt dank hoher Wachstumsraten, ist aber insgesamt immer noch zu niedrig.

Die noch bestehenden Wettbewerbsschwächen werden wir sowohl durch eine stärkere Außenwirtschaftsförderung als auch durch Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung kompensieren. Dabei geht es um den Export von Waren und von Dienstleistungen. Wir setzen auf Marktzugangshilfen und Unterstützung beim Marketing für Brandenburger Produkte.

Zielgruppe der direkten Exportförderung sind die kleinen und mittleren Unternehmen. Exportförderung werden wir nach einer strikten geographischen und branchenbezogenen Schwerpunktsetzung betrei-

ben. Dies sind vor allem die Märkte Mittel- und Osteuropas und die Europäische Union.

Wir sehen Brandenburg in seiner Funktion als Brückenland zum Erweiterungsbereich der Europäischen Union. Wenn Investoren lohn- und arbeitsintensive Teile der Produktion in unserem Nachbarland Polen ansiedeln, ist unser Ziel, kapitalintensive, hochtechnologische Produktionsabschnitte in der Region Berlin-Brandenburg zu konzentrieren, um dadurch europäische Wettbewerbsvorteile zu nutzen. Die Möglichkeiten europäischer Kooperationsformen müssen dazu weiter ausgestaltet werden.

Wir werden Informations- und Beratungshilfe für die direkte Marktbearbeitung und Hilfestellung bei der Kooperationsanbahnung leisten sowie die Durchführung von Gemeinschaftsständen auf wichtigen internationalen Messen unterstützen.

## Land- und Forstwirtschaft in Brandenburg

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes hat für uns oberste Priorität. Die Sicherung der landwirtschaftlichen, gärtnerischen, fischereiwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Produktion ist eine wesentliche Voraussetzung für Arbeit und Einkommen im ländlichen Raum sowie für die Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft in Brandenburg.

Wir setzen uns für eine Agrarpolitik ein, durch die die Landwirte und Gartenbauer in Brandenburg unterstützt werden, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Betriebe zu erhöhen und lebensfähige Agrarstrukturen zu erhalten.

Die ländlichen Räume sollen für die Menschen zu attraktiven Arbeits-, Lebens- und Wohnräumen entwickelt werden. Deshalb unterstützen wir alle Anstrengungen zur integrierten ländlichen Entwicklung auf der Basis kleinräumiger Planungen unter Beteiligung der unterschiedlichen Gruppen im ländlichen Raum.

Die landwirtschaftliche Nutzung der offenen Flächen hat eine Schlüsselfunktion bei der Erhaltung der brandenburgischen Kultur-

landschaft, die in den vergangenen Jahrhunderten durch den Fleiß unserer Vorfahren gewachsen ist.

Wir unterstützen einen sachlichen Dialog zwischen Landwirtschaft, Gartenbau, Fischereiwirtschaft und Forstwirtschaft mit dem Naturschutz.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, daß die umfangreichen sozialen und ökologischen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft von der Allgemeinheit finanziell honoriert werden. Voraussetzung dafür ist, von den Betrieben der Landwirtschaft, des Gartenbaus, der Fischereiwirtschaft und der Forstwirtschaft, daß sie eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung ihrer Flächen und artengerechte Tierhaltung im Rahmen der guten fachlichen Praxis gewährleisten.

Die Regierungschefs der EU haben im Rahmen der Agenda 2000 die Reform der Agrarpolitik in der EU beschlossen. Damit ist eine lange Phase der Unsicherheit für die brandenburgischen Bauern abgeschlossen worden. Die konsequente Einflußnahme unserer sozialdemokratischen Landesregierung hat in erheblichem Maße mit dazu beigetragen, daß in dem beschlossenen Kompromiß noch erträgliche Bedingungen für unsere Landwirte festgelegt worden sind, und daß die ursprünglich von der Europäischen Kommission und von europäischen Agrarpolitikern vorgesehenen diskriminierenden Regelungen für die ostdeutschen Agrarunternehmen nicht mehr enthalten sind.

Wir werden weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, daß die nationalen Spielräume für die Agrarpolitik so ausgestaltet und umgesetzt werden, daß eine stabile Entwicklung der Betriebe in Brandenburg gesichert wird und die Arbeitsplätze erhalten werden.

Wir setzen uns dafür ein, daß die Agrarbetriebe aller Eigentums- und Rechtsformen in Brandenburg ihre Kosten so senken und möglichst ihre Wertschöpfung so erhöhen können, daß ihnen durch die Reform der EU-Agrarpolitik keine Nachteile entstehen.

Große Bedeutung haben alle Maßnahmen zur Verbesserung des Marktzuganges durch unsere Betriebe wie z.B. die Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Bildung starker

Erzeugergemeinschaften mit Einfluß auf Erzeugung und Vermarktung sowie die Entwicklung von Qualitäts- und Markenprogrammen für hochwertige Agrarprodukte.

Wir setzen uns gleichermaßen für einen umfassenden Schutz der Verbraucher, für konsequente Qualitätskontrollen sowie für eine umfassende Aufklärung der Verbraucher über die Erzeugung von Lebensmitteln ein.

Bei der kontinuierlichen Förderung des Anbaus und der Verwertung nachwachsender Rohstoffe nimmt Brandenburg im Bundesvergleich einen vorderen Platz ein. Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe schafft zukunftsichere Arbeitsplätze durch innovative Produkte und Verfahren. Wir werden den weiteren Anbau sowie die energetische und stoffliche Verwertung der nachwachsenden Rohstoffe weiterhin unterstützen und fördern, um neue zusätzliche Arbeitsplätze und Erwerbsquellen im ländlichen Raum zu erschließen.

Wir setzen uns für die Chancengleichheit aller Eigentums- und Rechtsformen der Agrarbetriebe in Brandenburg ein. Es darf keine Unterschiede in den Zugangsmöglichkeiten zu wichtigen Ressourcen geben. Wir setzen uns auch für die Chancengleichheit in Deutschland ein. Dazu gehören für uns u.a. die Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform, die zügige Umsetzung des Flächenerwerbsprogrammes, eine möglichst breite Eigentums- und Vermögensbildung, eine befriedigende Lösung des Problems der LPG-Altschulden und gleiche Größenordnungen für Produktionsquoten.

Nachhaltige ordnungsgemäße Landwirtschaft ist keine Frage der Betriebsgröße. Wir sehen in den historisch gewachsenen Strukturen der Landwirtschaft in Brandenburg eine wegweisende Form moderner Agrarbetriebe. Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, daß sie stabil erhalten und entwickelt werden. Dabei wollen wir soziales und ökologisches Engagement besonders würdigen.

Als forst - und umweltpolitisches Ziel gilt es, den Wald aller Eigentumsformen wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinigung der Luft, die Boden-

fruchtbarkeit und die Erholung der Bevölkerung sowie seiner wirtschaftlichen Funktion zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern.

Mit der Übernahme der Waldflächen aus dem ehemaligen Preußenvermögen und der naturnahen Bewirtschaftung in der Regie der Landesforstverwaltung ermöglichen wir eine beispielgebende Waldentwicklung und legen die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung aller Funktionen des Waldes. Die umfassende Anerkennung der gesellschaftlichen Leistungen des Waldes als Schutz-, Nutz- und Erholungswald findet damit stärker Berücksichtigung.

Die vielfältige Verwertung und Vermarktung des einheimischen Holzes auch aus dem Wald anderer Eigentumsformen werden wir durch geeignete Maßnahmen unterstützen. Aus einheimischen Beständen können wir so für die brandenburgische Holzwirtschaft eine umfassende Bereitstellung des nachwachsenden Rohstoffes Holz gewährleisten.

Die kommunalen und privaten Waldbesitzer werden wir bei der Waldpflege fördern und ihnen bei der Bildung effizienter Forstbetriebsgemeinschaften behilflich sein.

Die weitere Privatisierung des Treuhandwaldes werden wir unterstützend begleiten, soweit dies zur Entwicklung bestehender und neuer Forstbetriebe beiträgt.

Die Forstwirtschaft sichert und schafft damit direkt einheimische Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

## Tourismus in Brandenburg - Natur und Kultur erfahren

Es ist uns gelungen, den Tourismus zu einem wichtigen Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung Brandenburgs zu entwickeln. Auch zukünftig müssen die Möglichkeiten für Tagesausflügler und Wochenendgäste ausgebaut und darüber hinaus die Anzahl der Urlauber kontinuierlich erhöht werden. Dadurch kann eine Verdopplung der Zahl der Arbeitnehmer in diesem Sektor auf 100.000 Beschäftigte

erreicht werden. Gleichzeitig fällt dem Tourismus eine wichtige Aufgabe als Marktöffner für regionale Produkte zu.

Brandenburg steht im Wettbewerb mit den klassischen Urlaubsregionen in Deutschland und Europa, die bereits heute über eine ausgebauten Infrastruktur, gute Beherbergungskapazitäten und ein funktionierendes Marketing verfügen. Der neugegründeten Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH fällt daher eine wichtige Rolle bei der Tourismuswerbung zu. Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, wollen wir die Attraktivität Brandenburgs als Urlaubsland steigern. Die vielfältigen Natur- und Kulturlandschaften Brandenburgs sollen durch eine Vielzahl von Kultur-, Sport-, Freizeit- und Erholungsstätten ergänzt werden, damit sich Brandenburg zu einer attraktiven „Erholungs- und Freizeitlandschaft“ entwickelt.

Wir wollen dafür sorgen, daß der Gast von seinem Urlaubsort gut „Touristische Leuchttürme“, wie Kultureinrichtungen, Freizeit- und Themenparks sowie Spaßbäder und ein breites Angebot an Sportstätten erreichen kann. Ergänzt durch eine breite Palette an Sport-, Kultur- und Brauchtumsveranstaltungen wird daraus ein eigenes „brandenburgisches Urlaubserlebnis“ entstehen.

Die Kur - und Erholungsorte Brandenburgs müssen eine optimale Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz bekommen. Die 1 800 km Radwege des Landes sollen erhalten und ausgebaut werden und das Wander- und Reitwegenetz soll gepflegt und - auch im Interesse des Naturschutzes - bedarfsgerecht gestaltet werden.

Zur weiteren Stärkung der touristischen Infrastruktur wollen wir den Wassersportentwicklungsplan fortschreiben und den Ausbau der Wasserwanderwege vorantreiben. Hier sollen auch neue Anlege-, Tank- und Versorgungsstellen entstehen.

Bei allen unsere Bemühungen um eine „Erholungs- und Freizeitlandschaft“ werden wir den Erfordernissen des Naturschutzes Rechnung tragen, denn wir wissen, daß der Erhalt der Natur- und Kulturlandschaften Brandenburgs mit ihrer reichen Naturlandschaft die Voraussetzung für den Erfolg unserer Anstrengungen um den Tourismus ist.

## Infrastruktur und Verkehr in Brandenburg - kurze Wege zu neuer Arbeit

Wir wollen die Verkehrsinfrastruktur so weiterentwickeln, daß sie im Personen- und Güterverkehr den Ansprüchen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes und den sozialen und kulturellen Belangen unter Berücksichtigung des Natur- und Umweltschutzes besser gerecht wird.

Gerade in der Fläche des Landes ist der Ausbau von Verkehrswegen die wesentliche Voraussetzung für eine Ansiedlung von Arbeitsplätzen und für eine gleichgewichtige Entwicklung aller Regionen unseres Landes.

Investitionen zum Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur sind eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklungen. Die Investitionsbereitschaft von Unternehmen wächst mit einer qualifizierten Verkehrsanbindung. Großräumige Verbindungen und Trassen genießen dabei Vorzug.

Die unterschiedlichen Verkehrsmittel sollen deshalb in einem Gesamtverkehrssystem ihre jeweiligen Stärken entwickeln. Dies bedeutet einen weiteren Ausbau der schnellen Schienenverkehrssysteme zur Verbindung der regionalen Entwicklungszentren und der Ballungszentren. Wichtig ist der Erhalt und der verkehrssichere Ausbau von Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen, einschließlich verstärktem Radwegebau.

Verkehrsmengen und Verkehrsleistungen werden - trotz intensiver Bemühungen zur Verkehrsreduzierung - sowohl im Binnenverkehr als auch im Transitverkehr europaweit zunehmen. Die Hauptbelastung wird auch weiterhin im Straßennetz liegen. Brandenburg als Drehscheibe in Europa muß sich dieser Aufgabe durch eine integrierte Entwicklung im Personen- und Güterverkehr stellen. Die Voraussetzungen hinsichtlich der Netzdichte sind überwiegend vorhanden. Den Schwerpunkt bildet die Verbesserung des Zustandes der Verkehrswege und Verkehrsanlagen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Wir wollen, daß wesentliche Verkehrsleistungen weiterhin durch den öffentlichen Personennahverkehr abgedeckt werden. Dazu gehört die

Umsetzung des Regionalbahnkonzeptes „Zielnetz 2000“ und der weitere Ausbau und die Beschleunigung der Verbindungen. Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, die Attraktivität der Bahn als öffentliches Verkehrsmittel weiter zu steigern. Dazu sind besondere Anstrengungen bei der Instandsetzung und Ausgestaltung der Bahnhöfe und deren Umfeld erforderlich.

In der Fläche des Landes gilt es, ein bedarfsgerechtes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln zu garantieren. Das Verhältnis von Preis und Leistung muß für den Fahrgast dabei verbessert werden. Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist für uns von entscheidender Bedeutung, wenn es um eine abgestimmte Erschließung und Tarifstruktur geht.

Im Güterverkehr setzen wir auf die Verlagerung von Straßentransporten auf Schiene und Wasserstraße. Dabei hat für uns der Ausbau der Schienenverbindungen Priorität. Die Entwicklung der Güterverkehrszentren im Lande wird deshalb weiter forciert. Der Ausbau des Kombinierten Verkehrs ist zu unterstützen. Der ökologisch orientierte Ausbau der Wasserstraßen, unter Berücksichtigung verkehrlicher Belange, hat im Zusammenhang mit deren wirtschaftlicher und touristischer Bedeutung für unser Land einen hohen Stellenwert und bedarf der weiteren Förderung und Unterstützung.

Für den Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg brauchen wir den zügigen Ausbau des Flughafens Schönefeld zu einem leistungsfähigen Flughafen. An verantwortlicher und zentraler Stelle in der Landespolitik müssen die Belange der betroffenen Menschen beachtet und berücksichtigt werden. Dazu sind den betroffenen Menschen die Lärmschutzeinrichtungen zu garantieren. Bürgern und Gemeinden müssen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen zukommen, um die gravierenden Einschnitte zu mindern und ansatzweise zu kompensieren. Dazu ist insbesondere die noch zu gründende Infrastruktur vor Ort über eine Landesentwicklungsgesellschaft mit kommunaler Beteiligung herzurichten.

Die Region Berlin-Brandenburg muß als Verkehrskompetenzzentrum weiter entwickelt werden. Dabei werden wir für Innovationen im

Verkehrsbereich eine Versuchsstrecke für Schienenfahrzeuge bei Hennigsdorf, das Dekra Prüf- und Testzentrum am Lausitzring und die Fahrzeugversuchsanlage Horstwalde fördern. Mit den Unternehmen der Luft- und Raumfahrttechnik in Dahlewitz und Ludwigsfelde, die Cargo-Lifter GmbH am Standort Brand, den zahlreichen Firmen als Hersteller und Entwickler von Fahrzeugtechnik, der Brandenburgischen Technischen Universität in Cottbus und der Technischen Universität in Berlin wollen wir in diesem Sinne zusammenarbeiten.

## **Für Brandenburg Arbeitsplätze schaffen - und bestehende sichern**

Noch immer ist vielen Bürgern der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Deshalb halten wir an unserer gesamtwirtschaftlichen Strategie zur Schaffung und Stabilisierung der Arbeitsplätze fest. Zusammen mit der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung schaffen wir eine Förderung der Arbeitsumverteilung und eine auf mittlere Frist angelegte Konzeption der Arbeitsförderung für die neuen Bundesländer.

Vieles wurde in Brandenburg bereits getan:

- Die Landesregierung hat unter Einsatz umfangreicher finanzieller Mittel in allen Jahren für jeden Jugendlichen ein Ausbildungsplatzangebot geschaffen.
- Brandenburg ist Vorreiter in der Verzahnung von Infrastrukturförderung und Arbeitsförderung.
- Kein Bundesland hat mehr Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds in konkrete Maßnahmen umgesetzt.
- Brandenburg ist unter den Flächenländern das Land mit den meisten „Arbeit-statt-Sozialhilfe“-Stellen.
- Die Brandenburger Arbeitsfördergesellschaften haben die Herausforderung zu einer differenzierteren Arbeitsförderung angenommen und entwickeln sich zu Dienstleistern „in Sachen Arbeitsförderung“.
- Das landesweite Netz der Regionalstellen „Frauen und Arbeit“ hat sich weiter profiliert und arbeitet nunmehr in enger Abstimmung mit den Landkreisen und kreisfreien Städten.
- Ein Kurssystem gegen Langzeitarbeitslosigkeit wurde eingerichtet, um die Reintegrationsfähigkeit gerade dieser Gruppe zu erhöhen.
- Rund 50 vom Land geförderte Arbeitslosenzentren sind offene Anlaufstellen für die Arbeitslosen, die Rat und Hilfe suchen.
- Eine Brandenburger Initiative zur Förderung der Arbeitszeitverkürzung wurde vom Bundesgesetzgeber zumindest teilweise mit dem Altersteilzeitgesetz verwirklicht.

Mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit allein aufgrund des Wirtschaftswachstums kann vorerst nicht gerechnet werden. Bis zum Jahr 2005 wird das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze noch nicht ausreichen. Deshalb ist die Schaffung eines zusätzlichen Angebotes erforderlich. Bis zum Jahr 2008 wird für die Absolventen der Ausbildung im Dualen System die Einmündung in den Beruf zum großen Problem.

Wir werden mit aller Kraft dafür arbeiten, daß jeder Jugendliche und jeder junge Erwachsene spätestens nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit, jeder andere Arbeitslose spätestens nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit ein Arbeits- oder Qualifizierungsangebot erhält. Hierbei gilt der Grundsatz, daß Erstausbildung vor Fort- und Weiterbildung geht.

Auch für die älteren langzeitarbeitslosen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen längerfristige Beschäftigungsmöglichkeiten auch durch öffentlich geförderte Arbeit geschaffen werden.

Frauen sind von der Arbeitslosigkeit immer noch in größerem Ausmaße betroffen. Auch in den kommenden Jahren werden wir uns verstärkt bemühen, dem Selbstverständnis der Frauen nach gleichberechtigter Teilhabe am Erwerbsleben gerecht zu werden. Dazu bedarf es weiterhin einer aktiven Frauenförderung. Die Berücksichtigung der Frauen bei Arbeitsfördermaßnahmen und allen Fort- und Weiterbildungsangeboten soll entsprechend ihrem Anteil an der Erwerbslosigkeit erfolgen. Mit dem bewährten Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ und neuen Ansätzen wollen wir den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.

Daher werden wir uns für folgende fünf Vorhaben einsetzen:

- Fortsetzung des Brandenburger Wegs einer verzahnten Arbeits- und Wirtschaftsförderung. In diesem Sinne werden wir auch auf die Gestaltung der bundespolitischen Rahmenbedingungen einwirken.
- Fortführung und Weiterentwicklung des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ auf einem langfristig verlässlichen Niveau.

- Zuverlässigkeit und Stetigkeit der Landesbeteiligung an der Arbeitsförderung.
- Übernahme der Mehrjährigkeit des Europäischen Sozialfonds (ESF) durch ein ESF-Begleitgesetz.
- Regionalisierung der Landesarbeitsförderung durch stärkere Beteiligung der Kommunen bei den Entscheidungen zur Vergabe der Mittel.

## Beschäftigung sichern mit Arbeitsförderung in Brandenburg

Eine auf mittlere Frist angelegte Konzeption der Arbeitsförderung sollte mehrere Formen der Förderung umfassen, um den unterschiedlichen Lebenslagen und beruflichen Chancen der Arbeitslosen gerecht zu werden:

Rund ein Drittel von Arbeitslosen in Brandenburg sind älter als 50 Jahre, bei den Langzeitarbeitslosen liegt dieser Anteil bei über 40 Prozent. Ihre Vermittlungschancen in der regulären Wirtschaft sind auch bei teilweise hoher Qualifikation sehr gering. Andererseits nimmt die Zahl der unzureichend qualifizierten jungen Arbeitslosen von Jahr zu Jahr zu. Ihnen fehlt vielfach jegliche berufliche und betriebliche Erfahrung. Deswegen halten wir drei grundsätzliche Förderansätze für erforderlich:

- Strukturanpassungsmaßnahmen sollen für Arbeitslose mit relativ geringen Vermittlungsschwierigkeiten geschaffen werden. Diese Maßnahmen stellen eine Verzahnung von Wirtschafts- und Infrastrukturförderung dar. Die bestehenden Ansätze wollen wir weiter entwickeln.
- Für jüngere Arbeitslose mit größeren Vermittlungsschwierigkeiten sollen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit hohem Qualifizierungsanteil entwickelt werden. Dafür wollen wir die Vergabeverfahren verändern und Qualitätskriterien durchsetzen. Die Träger dieser Maßnahmen sollen sich mit ihren ausgearbeiteten Projektkonzeptionen bei den Arbeitsämtern bewerben.

- Wir wollen eine längerfristig angelegte Förderung als Übergangsförderung für Arbeitslose mit sehr geringen Vermittlungschancen neu schaffen. In Programmen befristet auf vier Jahre sollen Langzeitarbeitslose in Regionen mit überdurchschnittlicher hoher Arbeitslosigkeit gefördert und beschäftigt werden.

Auch bei öffentlich geförderter Arbeit muß der Grundsatz gelten, daß durch ortsübliche Tarife Lohndumping vermieden wird.

Eine Formierung des geförderten Arbeitsmarktes und eine Steigerung des Einflusses der Landkreise auf die Förderregionen, die Förderungsintensität sowie auf die Mittel der Gemeinschaftsaufgaben der Europäischen Union sind notwendig. Dabei setzen wir unter anderem auf regionale Bündnisse für Arbeit.

Zur besseren Koordinierung zwischen den Fördermittelgebern wollen wir die Mittel der Arbeitsförderung auf Arbeitsamtsebene regionalisieren. Ein maßgeblicher Einfluß der Landkreise ist dabei sicherzustellen. So können die Beschäftigungsgesellschaften in den Landkreisen zusammengeschlossen werden, um auch die Geschäftsführung der eines Wirtschaftsunternehmens anzugleichen. Die gewonnene Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsfördergesellschaften erleichtert die Eingliederung in die reguläre Arbeitswelt. Ebenso können Arbeitspotentiale gerecht verteilt werden.

## Arbeits- und Wirtschaftsförderung in Brandenburg stärker verzahnen

Arbeitsförderung und Qualifizierung müssen als Instrumente der Wirtschaftsförderung und der Förderung von Existenzgründung verstanden werden. Hierzu gehört, daß auch aus der Arbeitslosigkeit die Gründung eines Betriebes ermöglicht und erleichtert werden muß. Wir wollen, daß die Hilfe zum Lebensunterhalt für Existenzgründerinnen und Existenzgründer in Form von Überbrückungsgeld auf wenigstens zwölf Monate verlängert wird.

Dazu sollen ebenso Zuschüsse des Europäischen Sozialfonds für Existenzgründerinnen und Existenzgründer zur Qualifizierung und Bera-

tung genutzt werden. Genauso wollen wir ein Kleinkreditprogramm für Existenzgründerinnen und Existenzgründer auflegen, das zur Überbrückung mangelhafter Eigenkapitalausstattung dient.

Öffentlich geförderte Arbeit ist für uns ein Instrument der Strukturpolitik. Dafür ist eine engere Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsförderung erforderlich. Deshalb wollen wir eine Verstärkung der Landesförderung von Sachkosten für Vergabe-ABM an Wirtschaftsunternehmen und eine Verstetigung der Landeskofinanzierung für Strukturanpassungsmaßnahmen. Wir wollen die Kommunen entlasten, die einen Eigenanteil für die Arbeitsförderung aufbringen, indem wir Förderprogramme der Wirtschaftsförderung für Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaften öffnen. Dies steht im direkten Zusammenhang mit einer Verknüpfung der Wirtschafts- und Arbeitsförderung im Rahmen der Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Regionale Arbeitsmarktinitiativen der Kommunen und Landkreise etwa in Strukturförderprogrammen werden unterstützt.

Zusätzlich müssen Mittel der Arbeitsförderung zur Entwicklung weicher Standortfaktoren aufgewandt werden. Beispielsweise sollen ältere qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch längerfristig angelegte Förderung über fünf oder mehr Jahre in den Kommunen in den Bereichen Kultur, Jugendhilfe, Soziales, Sport etc. eingesetzt werden.

Heute hat eine Mehrheit der Erwerbsbevölkerung Arbeit, aber ein viel zu großer Teil ist noch ohne Arbeit. Das verursacht unter anderem ungeheure Kosten, die durch die Arbeitslosenversicherung aufgebracht werden müssen. Die gerechte Verteilung von Arbeit kann erhebliche finanzielle Mittel freisetzen. Deshalb ist es notwendig, neben einer aktiven Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik auch durch Arbeitsumverteilung auf eine höhere Erwerbsbeteiligung hinzuwirken.

Folgende Initiativen schlagen wir hierzu vor:

- Wir wollen einen Generationenvertrag schaffen, bei dem das Altersteilzeitgesetz dazu genutzt wird, einen allmählichen Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen, damit neue Teilzeitstellen vorrangig für Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen werden können, die sonst nach Abschluß der Ausbildung keine Arbeit finden. Über die Förderung des Arbeitsamtes hinaus soll für die Einstellung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Zuschuß zur Einarbeitung gewährt werden.
- Arbeitsämter könnten zur Vermeidung von Massenentlassungen als Übergangshilfe eine „Teilzeitbeihilfe“ für Arbeitnehmern gewähren. Dieses Konzept der „Teilzeit statt Entlassung“ hat das Land Brandenburg bereits 1995 in einer Bundesratsinitiative vorgeschlagen. Die Beihilfe würde an diejenigen ausgezahlt, die durch ihren Verzicht auf Arbeitszeit Entlassungen vermeiden helfen. Dies wäre für die Bundesanstalt für Arbeit kostenneutral. Dieser Vorschlag, der an der CDU/FDP-Bundesregierung gescheitert ist, wird nun erneut eingebracht.
- Im Öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg werden wir die aktive Nutzung der Altersteilzeitregelung und des Vorruhestandes im Sinne des Generationenvertrages weiterführen. Mit der Erprobung von Bildungsurlaubs- und Sabbatjahrregelungen für alle Beschäftigten, wie sie mit Erfolg in Dänemark eingeführt wurden, wollen wir auch bei den Führungskräften den Einstieg in die Arbeitsumverteilung schaffen.

## Gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in Brandenburg

Die Angst um den Arbeitsplatz beherrscht die Menschen. Schutzrechte der Arbeitnehmer werden immer weniger beachtet. Deswegen sehen wir es als unsere Aufgabe an, die Arbeitsbedingungen für die Menschen in Brandenburg zu verbessern.

Dazu gehört auch die Bekämpfung von illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit und Lohndumping. Wir wollen darum die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit in diesem Bereich stärken. Die Lan-

des- und Kommunalbehörden werden gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit und den Steuerbehörden die Verfolgung illegaler Beschäftigung intensivieren. Dazu werden wir eine Vereinbarung schließen.

Wer einen öffentlichen Auftrag erhält, muß Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen einhalten, dazu gehört auch Tariftreue. Dafür wollen wir schon bei der Vergabe der Aufträge sorgen, indem wir die bestehenden Vorschriften zur Bekämpfung unlauterer Beschäftigung erweitern.

Ein moderner und ganzheitlicher Arbeitsschutz ist sowohl im Öffentlichen Dienst als auch in der freien Wirtschaft erforderlich. Bei der Durchsetzung des ganzheitlichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes und bei der Prävention sehen wir den Staat bei der Prävention in der Pflicht. Deshalb wollen wir in ausgewählten Pilotprojekten die Wirtschaft durch Beratung unterstützen - etwa bei Managementsystemen zu betrieblichem Arbeitsschutz. Gleichzeitig soll die staatliche Aufsicht weiterentwickelt und die Zusammenarbeit zwischen staatlichem Arbeitsschutz und den Berufsgenossenschaften verbessert werden. Rechtsvorschriften müssen einfacher und einheitlicher werden. Die Arbeitsschutzvorschriften aus der Gewerbeordnung müssen auf Bundesebene reformiert werden. Dazu werden wir eine Initiative im Bundesrat ergreifen.

## Innovationen für Brandenburgs Zukunft

Wir befinden uns mitten im Wandel zur Informationsgesellschaft. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) sind nur die Voraussetzungen, die Infrastruktur dieser neuen Gesellschaft. Die eigentliche Gestaltung ist eine gesellschaftliche Herausforderung.

Wir werden den Weg in die Informationsgesellschaft unter Einbeziehung aller Menschen gestalten. Dafür legen wir ein Landesförderprogramm für fünf Jahre auf, mit dem wir dazu beitragen, alle Schulen des Landes mit neuen Medien auszustatten und die Lehrer für diese Aufgaben weiter zu qualifizieren. Wir wollen auch in Zukunft die bestmögliche Vorbereitung unserer Kinder auf die Anforderungen des Berufslebens erreichen!

Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur müssen zusammenwirken, um wesentliche Grundanliegen zu verwirklichen:

- Wir stellen uns dem Thema Bildung im Wandel. Es beginnt bei der pädagogischen Betreuung in vorschulischen Kindereinrichtungen und setzt sich fort bei der Erstausbildung in Schule, Hochschule und Betrieb, betrifft neue Formen der Aus-, Fort- und Weiterbildung und reicht bis hin zu einem lebenslangen, berufs begleitenden Lernen.
- Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs verbessern, indem wir auf die gezielte Entwicklung des Arbeitsmarktes und Ansiedlungen in der IuK-Branche setzen.
- Wir wollen durch unsere Technologiepolitik die Voraussetzungen für die Ansiedlung zukunftsfähiger Arbeitsplätze in Brandenburg schaffen. Durch hohe Qualität bei Forschung und Entwicklung werden wir die Grundlagen für neue Produkte und Technologien legen. Damit sichern wir die Weiterentwicklung und Umstrukturierung der traditionellen Industriebereiche.
- Mit unserer Politik wollen wir die Lebensqualität erhöhen, indem wir Verkehrs-, Bildungs- und Freizeitangebot optimieren und die medizinische Versorgung verbessern.

Der Strukturwandel zur Informations- und Wissensgesellschaft macht grundlegende Reformen im Bildungs- und Ausbildungssektor notwendig. Die Anforderungen und Qualifikationsprofile aller Erwerbstätigen befinden sich in einem drastischen Wandel. Darauf müssen alle Schularten, die Fachhochschulen und die Universitäten zügig und umfassend reagieren.

## Zukunft für Brandenburg: Eine Schule für das Wissen von Morgen

Die Bedeutung von schulischer Bildung ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Wir befinden uns auf dem Weg in eine Informations- und Wissensgesellschaft, in der Ausbildung und Qualifikation mehr denn je darüber entscheiden, ob jungen Menschen ein gesicherter Weg in das berufliche Leben ermöglicht werden kann. Deswegen treten wir ein für Chancengleichheit: Wir wollen dafür sorgen, daß jedem Kind und jedem Jugendlichen in Brandenburg die gleichen Möglichkeiten gewährt werden, eine gute und qualifizierte Ausbildung in Schulen und Hochschulen des Landes zu erhalten.

Vieles haben wir schon erreicht und dennoch sagen wir: Bildung und Ausbildung muß für das Land und die Kommunen auch in Zukunft höchste Priorität haben. Deshalb wollen wir in der kommenden Legislaturperiode alle beteiligten Partner zu einer Bildungs- und Wissensoffensive einladen. Jeder ist aufgefordert, seinen Beitrag zu leisten, daß wir die gelegten Grundlagen im neuen Jahrzehnt so weiterentwickeln, daß Brandenburg der Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft geebnet wird.

Um dies zu erreichen zu können, brauchen die Kinder und Jugendlichen die Fähigkeit zum aktiven und eigenverantwortlichen Umgang mit den neuen Medien. Die Medienkompetenz wird mehr und mehr zu Schlüsselqualifikation für die Arbeits- und Berufswelt des 21. Jahrhundert. „Alle Schulen ans Netz“ - dieses Ziel soll mit Hochdruck verfolgt werden! Hierzu sind die entsprechenden Rahmenbedingungen auch für Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen, um optimale Lernergebnisse zu erreichen.

Unser Ziel ist die Realisierung einer Persönlichkeitsbildung junger Menschen, die eine umfassende Entfaltung der individuellen Fähigkeiten und Neigungen ermöglicht. Aufgabe des Bildungssystems - Schule, Hochschule, Berufsbildung - ist dabei die Voraussetzungen für den Erwerb persönlicher, sozialer und fachlicher Kompetenz zu schaffen. Unser Schulsystem trägt entsprechend seinem Bildungsauftrag dazu bei, Kinder und Jugendliche auf eine verantwortungsvolle Gestaltung ihres privaten, beruflichen und öffentlichen Lebens vorzubereiten.

Ziele dieser Persönlichkeitsbildung sind das Durchschauen von Zusammenhängen, das fortdauernde kritische Hinterfragen der eigenen Position, der Wille zur gestaltenden Teilhabe an der Gesellschaft und die Toleranz, den anderen und seine Position anzuerkennen.

Schulartunabhängig gilt es, Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, die den Erfordernissen der Arbeitswelt entsprechen und für die Standortbestimmung in der Gesellschaft unverzichtbar sind.

Aggressivität, Fremdenfeindlichkeit und Mißachtung der Würde der Mitmenschen machen Defizite deutlich, die durch die gemeinsame Erziehung in Elternhaus und Schule ausgeglichen werden müssen. Dazu gehört die Vermittlung von Werten. Gerade unsere Anstrengungen um ein Tolerantes Brandenburg zeigen aber schon die ersten Früchte. Innerhalb der Schulen hat unser Fach Lebensgestaltung - Ethik - Religionskunde (LER) gezeigt, daß es ganz besonders diese Werte vermitteln kann.

Wir wollen erreichen, daß jeder junge Mensch, der in Brandenburg aufgewachsen ist, durch seine Ausbildung in der Schule eine Chance erhält, sein Leben selbständig und eigenverantwortlich zu gestalten. Dazu gehört auch die Entwicklung einer weltoffenen Schule zur Vorbereitung auf eine immer internationaler werdende Arbeitswelt.

Unser Ziel kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, die gemeinsame Verantwortung von Elternhaus und Schule für die Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit stärker in das öffentliche Bewußtsein zu rücken. Schüler brauchen eine Rückkoppelung über ihre Leistung und über ihr Verhalten. Es ist die Aufgabe der Schule, die Schüler auf

ein aussichtsreiches Leben und auf ein erfolgreiches Berufsleben vorzubereiten. Zu der Erziehung gehört auch die Bewertung von sozialer Kompetenz. Wir wollen den Schülern ihre erworbenen Kompetenzen im Arbeits- und Sozialverhalten ab der 3. Klasse und in der Sekundarstufe I auf der Grundlage standardisierter Vorgaben bescheinigen.

Nach gründlicher Beratung ist in der vergangenen Legislaturperiode das Schulgesetz beschlossen worden, dem das Bild eines demokratischen, sozial gerechten und zeitgemäßen Schulsystems zugrunde liegt. Es sind Freiräume für die zukunftsfähige Gestaltung der brandenburgischen Schulen durch die Beteiligten geschaffen worden. Besondere Anstrengungen haben dabei die Lehrerinnen und Lehrer erbracht.

Auf dieser Grundlage wollen wir die innere Schulreform in Brandenburg weiterführen und die Schulstruktur und das Schulgesetz gemäß den besonderen Anforderungen zeitgemäß weiterentwickeln.

Lebens- und anwendungsorientierter Unterricht muß in allen Fächern zum Grundprinzip werden. Statt starrer Fächergrenzen und Lernen im einengenden Zeittakt brauchen wir fächerverbindendes und fächerübergreifendes Lernen. Nur so kann es gelingen, Kinder und Jugendliche dazu zu motivieren, sich auf den Prozeß des lebenslangen Lernens einzustellen, der nach der Schule nicht endet, sondern weitergeführt wird. Die Schulen müssen sich deshalb noch mehr ihrem Lebensumfeld öffnen und Mittelpunkt ihres Wohnumfeldes werden, das fördert den Erwerb fachlicher, sozialer und persönlicher Kompetenz.

Dieses ist unter Bedingungen von Ganztagschulen besonders gut zu erreichen. Deshalb werden wir uns für die Erweiterung des Ganztagsangebots an allen Schulen der Sekundarstufe I, deren Schulkonferenzen dies beantragen, zumindest für die Jahrgangsstufen 7 und 8 einsetzen.

Wir wollen bessere Lernbedingungen für unsere Kinder und Jugendlichen schaffen. Deshalb werden wir kleinere Klassen schaffen und die Klassenobergrenzen stufenweise auf 26 Schüler absenken. Das

Land wird die Kommunen bei der Umsetzung angemessen unterstützen.

Jede ausgefallene Unterrichtsstunde ist eine zu viel! Ziel unserer Bemühungen wird eine fachgerechte Vertretung sein. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um beispielsweise Mehrarbeit von Vertretungslehrern auf Arbeitszeitkonten gutzuschreiben.

Schüler, Lehrer und Eltern gestalten gemeinsam optimale Lern- und Lebensverhältnisse an den Schulen.

Das Brandenburger Schulgesetz gibt den Schulen eine weitgehende Selbständigkeit, die von den Schulen und allen an ihnen Beteiligten ausgefüllt werden muß. Dabei sind die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die Einhaltung von schulischen Standards zu beachten. Zukünftig sollen den Schulen neben inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten auch mehr Freiräume von den Schulträgern und den staatlichen Schulämtern bei der Verwendung finanzieller Mittel und beim Personal ermöglicht werden. Wir wollen die Schulen stärker in die Lage versetzen, die Ergebnisse ihrer Arbeit selbst zu überprüfen und sich dem Wettbewerb mit anderen Schulen zu stellen. In diesem Prozeß sind die Schulleitungen zu stärken.

Neben der klassischen Aufsichtsfunktion ist die Schulaufsicht zukünftig stärker als Impulsgeber und Beratungsinstanz innovativer Prozesse gefordert. Entsprechend muß sie weiterentwickelt werden und sich in ihren Strukturen den veränderten Rahmenbedingungen anpassen.

Wir wollen alle Rahmenpläne der allgemeinbildenden Schulen kontinuierlich weiterentwickeln und verbindliche Leistungsstandards festschreiben. Das ist für uns ein wesentlicher Bestandteil der Bildungs- und Wissensoffensive. Die Rahmenpläne sollen Schwerpunkte und Standards bestimmen. In diesem Rahmen sollen unter Einbeziehung aller Beteiligten Schulprofile entwickelt, Schulprogramme erstellt und pädagogische Ziele und Standards innerhalb der Schulen verabredet werden, dazu sollen die Schulen in Zukunft stärker als bisher sich selbst und der Gesellschaft gegenüber Rechenschaft ablegen. Wir werden auch weiterhin die Brandenburger Schulen an den internationalen und nationalen Qualitätsstandards messen.

Die Förderung chronisch kranker, behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder muß weiterhin so früh wie möglich beginnen. Die Integration in eine Regeleinrichtung sollte Vorrang haben vor Förder- und Sonderschulen. Das Netz beruflicher Ausbildungseinrichtungen sollte für die Jugendlichen mit Behinderungen im Anschluß die schulische Ausbildung weiter ausgebaut werden. Dazu sind Berufsbildungswerke und geschützte Werkstätten geeignet.

Wir halten an der sechsjährigen Grundschule fest. Die gemeinsame Erziehung aller Kinder in der gemeinsamen Grundschule bis zur 6. Klasse hat sich bei der Ausprägung des Lern- und Sozialverhaltens bewährt. Durch variable Gestaltung des Anfangsunterrichts in den Jahrgangsstufen 1 und 2 soll allen Kindern ein individueller Einstieg in das Schulleben ermöglicht werden. Die Jahrgangsstufen 5 und 6 werden durch Differenzierung in den Kernfächern in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt. So werden wir schon im Schuljahr 1999/2000 die Unterrichtsanteile für Deutsch, Mathematik und die Naturwissenschaften ausweiten.

Zur weiteren Ausgestaltung der Grundschule gehört neben der Erstellung einer neuen Stundentafel die Einrichtung kleiner Grundschulen, die bei weiter sinkenden Schülerzahlen kurze Schulwege und neue und innovative Unterrichtsgestaltung in den Grundschulen ermöglichen. Notwendige Orientierungen über den weiteren Bildungsweg für die Schüler und Klarheit für ihre Eltern müssen frühzeitig erfolgen.

Die sinkenden Schülerzahlen zwingen uns, insbesondere in den ländlichen Regionen des Landes hinsichtlich der Entwicklung der Schulstruktur neue Überlegungen anzustellen. Das bestehende Schulsystem hat sich trotz regional unterschiedlicher Probleme in seinen Grundzügen bewährt und wird auch zukünftig in den dichter besiedelten Gebieten erhalten bleiben können. Trotz des Rückgangs der Schülerzahlen um bis zu 60 Prozent in den ländlichen Regionen werden wir auch hier ein Unterrichtsangebot aufrecht erhalten, das Benachteiligungen der Schüler in diesen Teilen des Landes ausschließt.

In der Sekundarstufe I wollen wir weiterhin die personalen und sozialen Kompetenzen der Schüler besonders fördern, um sie auf die Anforderungen in der Berufs- und Arbeitswelt gut vorzubereiten. Dazu müssen die Anwendungs- und Praxisbezüge im Unterricht weiter gestärkt werden. Wir streben eine bessere Berufswahlvorbereitung durch die Zusammenarbeit und Verbindung von Schule und Wirtschaft an. Als Abschluß der Sekundarstufe I soll ein standardisierter Leistungsnachweis am Ende der 10. Klasse in den Fächern Deutsch, Mathematik (Abschlußarbeit) und Fremdsprachen eingeführt werden. Selbständiges Arbeiten soll zusätzlich durch Projektarbeit gefördert werden.

Die allgemeine Hochschulreife soll weiterhin an Gesamtschulen, Gymnasien und Oberstufenzentren erreichbar sein.

Wir wollen die Schulzeit zum Abitur schrittweise auf zwölf Jahre verkürzen. Dazu wollen wir die Rahmenpläne so verändern, daß damit auch eine Qualitätsverbesserung möglich wird. Wichtig ist für uns, daß dabei Chancengleichheit für alle Kinder gewährleistet wird. Innerhalb der gymnasialen Oberstufe wollen wir die verfügbare Zeit effektiver nutzen.

Wir werden das Zentralabitur an den brandenburgischen Schulen einführen.

Eine besondere Bedeutung haben die Oberstufenzentren in Brandenburg: An ihnen findet der theoretische Teil der Berufsausbildung und das Abitur seinen Platz. Deshalb wollen wir das Programm zum Bau und zur Ausstattung der Oberstufenzentren fortsetzen. Auch Quereinsteiger sollen in Brandenburg Berufsschullehrer werden können, damit erhöhen wir die Kompetenz der Schulausbildung, außerdem wollen wir die berufs begleitende Weiterbildung für Berufsschullehrer verstärken.

Wir wollen jedem einzelnen eine optimale Förderung geben, und so seine Chancen steigern und allgemeine Chancengleichheit herstellen. Mehr als bisher muß jede Schule in Zukunft Begabungen besser erkennen und entsprechend fördern. Besondere Begabungen werden bereits in den vielfältig ausgerichteten Spezialschulen gefördert. Diese

Förderung wollen wir ausbauen und die Zahl der Schulen mit besonderer Prägung erhöhen.

Weil es immer wichtiger wird, eine oder mehrere Fremdsprachen zu beherrschen, soll der Fremdsprachenunterricht bereits in Klasse 3 schrittweise eingeführt werden. Modellversuche zur Fremdsprache als Begegnungssprache waren sehr erfolgreich. Gemeinsam mit Polen haben wir erfolgreiche Versuche zu gemeinsamen Fremdsprachenprojekten durchgeführt, die wir ausweiten wollen. Der Schüleraustausch mit Ländern, deren Landessprachen unterrichtet werden, soll als ergänzendes Element der Schulbildung durch das Land verstärkt finanziell unterstützt werden.

Mathematisch-naturwissenschaftliche Grundlagenkenntnisse sind für viele Berufe unverzichtbar. Deswegen wollen wir diese Fächer noch besser miteinander verzahnen. Die Unterrichtsbedingungen hierfür wollen wir in Zusammenarbeit mit den Schulträgern und mit den Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor allem qualitativ verbessern.

Gleichzeitig wird in der gymnasialen Oberstufe an Gesamtschulen und Gymnasien die Berufsorientierung ein größeres Gewicht erhalten.

Die Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Schule soll auch weiterhin durch Schulsozialarbeit im Rahmen des Landesprogrammes zur Unterstützung von Personalstellen (610-Stellen-Programm) unterstützt werden: ein besonderes Augenmerk gilt dem Ausbau der Schulsozialarbeit an Oberstufenzentren. Ein stabiles Beratungssystem für Schulsozialarbeit und ein Netzwerk zur regionalen Verbindung von schulischer Bildung, Jugendhilfe und Schulsozialarbeit soll aufgebaut werden. Veränderte und neu geschaffene Bildungsangebote für Schulverweigerer und schulpflichtige schulumüde Jugendliche sind auch in Zukunft notwendig.

Eines der entscheidenden Elemente für die qualitätsorientierte Fortentwicklung von Schule und Unterricht ist neben der Einstellung junger Lehrkräfte die Weiterqualifizierung des pädagogischen und administrativen Personals. Hier ist in den vergangenen Jahren bundesweit

einmaliges geleistet worden. Jede vierte Lehrkraft in Brandenburg hat in den vergangenen acht Jahren eine neue Lehrbefähigung erworben. Die kontinuierliche Fort- und Weiterbildung aller Lehrkräfte bleibt weiterhin Aufgabe.

## Erstausbildung für alle in Brandenburg garantieren

Eine anerkannte berufliche Erstausbildung zu erhalten, ist für Jugendliche eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gestaltung ihres weiteren Lebens.

Wir werden in Brandenburg auch in den kommenden Jahren jedem jungen Menschen, der dies wünscht, einen Ausbildungsplatz anbieten, der zu einem anerkannten Berufsabschluß führt. Wir werden dabei auch zukünftig nicht auf „Warteschleifen“ wie Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr zurückgreifen, sondern Schulangebote erhalten, die einen von der Wirtschaft anerkannten Abschluß bieten.

Zur Erreichung dieser Ziele fördern wir vorrangig Ausbildungverbände, betriebsnahe Ausbildung und Ausbildungen im Rahmen des Kooperativen Modells.

Darüber hinaus stehen wir zur besonderen Verantwortung des Öffentlichen Dienstes für die Berufsausbildung junger Menschen.

Wir unterstützen auch weiterhin das Duale System der Berufsausbildung. Wir stellen jedoch mit Bedauern fest, daß es insgesamt den gesellschaftlichen Bedarf an Ausbildungsplätzen nicht mehr ausreichend befriedigt. Daher setzen wir uns für eine dem beschleunigten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel entsprechende Weiterentwicklung des Berufsausbildungssystems ein. Insbesondere unterstützen wir:

- die beschleunigte Entwicklung und Zulassung neuer Berufsbilder,
- die Modernisierung der Ausbildungsgänge,
- die Weiterentwicklung der Qualitätsaspekte bei der Ausbildung
- die Verzahnung von Aus- und Weiterbildung,
- die Neuordnung der Finanzierung von Berufsausbildung.

Darüber hinaus treten wir in Brandenburg dafür ein, daß:

- der Zugang zum Lernort „Betrieb“ allen Jugendlichen offen steht,
- eine Mindestvergütung auch in vollzeitschulischen Ausbildungen gezahlt wird,
- die Ausbildung in neuen, zukunftssträchtigen Berufen der Informations- und Kommunikationstechnologien, im Bereich Gesundheit sowie in Medienberufen verstärkt wird.

Viele ostdeutsche Unternehmen sind aufgrund ihrer dünnen Kapitaldecke auf staatliche Hilfen angewiesen, damit sie zusätzliche Lehrstellen schaffen können. Bisherige Prämiensysteme, die Anreize für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den Betrieben schaffen sollten, haben nicht im erforderlichen Umfang gegriffen.

Deshalb werden auch in Zukunft Gemeinschaftsinitiativen des Bundes und der Länder zur Schließung der Ausbildungsplatzlücke in Ostdeutschland erforderlich sein, durch die Ausbildungsverbünde gefördert und Lehrstellenpotentiale bei kleineren Betrieben erschlossen werden. Bei der Gestaltung der Ausbildungsprogramme muß den Ländern weitgehende Gestaltungsfreiheit gelassen werden, um regionalspezifische Unterschiede auszugleichen.

Wir wollen in einer engen Kooperation mit der Wirtschaft und Politik ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot schaffen. Erst wenn dies nicht gelingt, streben wir ein Ausgleichssystem für eine gerechtere Finanzierung der beruflichen Erstausbildung an. Wir würden dazu ausbildende Betriebe aus den Beiträgen derjenigen größeren Betriebe unterstützen, die nicht oder nicht ausreichend ausbilden. Den so entstehenden Fonds wollen wir für Ausbildung von auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligten Jugendlichen aufstocken.

Wir unterstützen mit branchen- und regionalspezifischen Regelungen bestehende tarifvertragliche und kammerrechtliche Ausgleichssysteme und werden Betriebe, die in diese Systeme einbezogen sind, von diesen Umlagen befreien.

## Priorität für Hochschule und Wissenschaft in Brandenburg

Zukunftssichernde Arbeitsplätze anbieten, jungen Menschen Perspektiven geben und Arbeitslosigkeit abbauen kann nur, wer neue Ideen in die Köpfe der Menschen und damit in unser Land trägt. Sowohl als Einrichtungen zur Wissensvermittlung und Vorbereitung auf die künftige Gestaltung unseres demokratischen Gemeinwesens als auch als Zentren technologischer, wirtschaftlicher und innovativer Entwicklung sind die Hochschulen von unverzichtbarer Bedeutung für das Land. Ausbildung und Qualifikation sind die Schlüsselressourcen auf dem Weg in das 21. Jahrhundert.

Der gelungene Entwurf einer leistungsfähigen Hochschul- und Forschungslandschaft in Brandenburg wird durch fünf Fachhochschulen, drei Universitäten, eine Kunsthochschule und insgesamt über 20 wissenschaftliche Einrichtungen in den Regionen dokumentiert.

Die Wissenschaftslandschaft in und um die Landeshauptstadt ist geprägt durch eine erfolgreiche Universität Potsdam, die eng verzahnt ist mit innovativen und international anerkannten Forschungsinstituten auf dem Telegrafenberg, in Golm, in Teltow und in Bergholz-Rehbrücke. Die wiedergegründete Europa-Universität Viadrina übt mit ihrer internationalen Ausrichtung eine wichtige Brückenfunktion vor allem nach Osteuropa aus. Sie hat mit dem Collegium Polonicum auf der polnischen Seite in Slubice eine wichtige, eng kooperierende Ergänzung erhalten. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus wirkt mit ihren Außenstellen, ihrer Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen wie dem durch einen Neubau international führend ausgestatteten Institut für Halbleiterphysik Frankfurt(Oder) und der Fraunhofer Gesellschaft sowie im Rahmen der Verbundforschung mit vielen Unternehmen als Wachstumsmotor für das Land. Zusammen mit den Instituten der Blauen Liste bilden die Wissenschaftseinrichtungen von Berlin und Brandenburg die dichteste Forschungslandschaft Europas.

Die neuen Hochschulen geben schon jetzt die ersten Impulse für die regionale Entwicklung.

Nur eine auch langfristig sichergestellte Finanzierung dieser vorbildlich praxisorientierten Hochschul- und Forschungslandschaft stellt den Beitrag zum notwendigen Strukturwandel in Brandenburg sicher. Jede im Wissenschafts- und Forschungsbereich ausgegebene Mark ist eine Investition in die Zukunft. Gemeinsam mit der Bundesregierung wollen wir uns für die Erweiterung des innovativen Fächerspektrums der Fachhochschulen, dem Innovationstransfer und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses einsetzen. Aus der erfolgreichen gemeinsamen Forschungsfinanzierung sind Brandenburg erhebliche Mittel zugeflossen. Deshalb wollen wir diese Forschungsfinanzierung fortsetzen. Auf Bundesebene wollen wir uns gemeinsam mit der Bundesregierung für die verstärkte Förderung des Hochschulbaus, die Einbringung besonders zukunftsreicher Elemente in ein Hochschulsonderprogramm IV und die Fortsetzung der erfolgreichen gemeinsamen Forschungsfinanzierung, durch die dem Land erhebliche Mittel aus ländergemeinsamer, aus Bundes- und EU-Finanzierung zugeflossen sind, einsetzen.

Die Hochschul- und Forschungslandschaft muß ihrerseits mit hoher Anpassungsbereitschaft auf sich verändernde Anforderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft reagieren. Deshalb wird in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit dem neuen Brandenburgischen Hochschulgesetz und mit modernen Organisationsmethoden wirtschaftliches Handeln und flexible Reaktion auf neue Herausforderungen ermöglicht. Schwerpunkt dabei ist die weitere Entbürokratisierung und Verbesserung der internen Organisation der Hochschulen. Wir wollen die Autonomie der Hochschulen durch moderne Leitungsstrukturen und durch die Einführung von Globalhaushalten stärken. Auf Bundesebene wollen wir uns gemeinsam mit der Bundesregierung für eine weitere Novelle des Hochschulrahmengesetzes einsetzen, um leistungsbezogene Elemente der Personal- und Vergütungsstruktur an den Hochschulen, unter Berücksichtigung studentischer Mitbestimmung (Evaluierung), zu verstärken.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zur Verbesserung der Qualität der Lehre, zur Stärkung des Praxisbezugs der Forschung und zur Beschleunigung des Innova-

tionstransfers vertiefen. Unser besonderes Augenmerk gilt der Ausbildung der Fähigkeit der Absolventen zur Unternehmensgründung sowie der Unterstützung von Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Durch die Schaffung neuer Abschlüsse, von Fernstudiengängen und den Aufbau der Studiengänge in Modulen können die Hochschulen ihr Angebot verbreitern und vertiefen. Gleichzeitig wird die internationale Anerkennung deutscher Studiengänge verbessert und die Attraktivität der Studienangebote für ausländische Studierende erhöht. Durch die Verzahnung des wissenschaftlichen Lernens mit der Berufspraxis, die Nutzung der Hochschulen als Weiterbildungsinstitutionen für die Wirtschaft sowie die Erweiterung des Lehrangebotes um postgraduale und berufsbegleitende wissenschaftliche Angebote können Wechselwirkungen zwischen Hochschule, Forschung und Anwendung des Wissens geschaffen werden.

Die Graduiertenförderung ist besser auszustatten, um den wissenschaftlichen Nachwuchs für Aufgaben außerhalb und innerhalb der Hochschulen zu unterstützen, wobei die Gleichstellung von Frauen und Männern dabei einen besonderen Stellenwert bekommt. Mit der neuen Bundesregierung besteht die Chance, die sozialen Belange der Studierenden wieder stärker zu berücksichtigen, um auch jungen Frauen und Männern aus allen sozialen Gruppen und Regionen Hochschulbildung zu ermöglichen. Wir unterstützen eine grundlegende Reform der Ausbildungsförderung mit dem Ziel einer elternunabhängigen Förderung.

Viele Menschen in Brandenburg haben nach 1989 Erfahrungen mit Fort- und Weiterbildung gemacht. Auch zukünftig wird der Erhalt von Arbeitsplätzen von der Qualität eines umfangreichen Weiterbildungsangebotes abhängen. Deswegen müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um die Vielfalt der Träger sowie die Qualität, Transparenz und Vergleichbarkeit der Angebote zu sichern.

Mit dem Weiterbildungsgesetz, das einen Rechtsanspruch für Arbeitnehmer schafft, haben wir gute Erfahrungen gemacht. Auch zukünftig wollen wir in Brandenburg ein Weiterbildungsangebot, das die

Weiterbildungsbedürfnisse und -erfordernisse in Einklang bringt mit den beruflichen Anforderungen und den persönlichen Lebensverhältnissen.

## Mit Technologiepolitik Innovationen in Brandenburg fördern

Forschung, Entwicklung und Innovation sind unverzichtbare Basis für die Schaffung stabiler und zukunftsorientierter Arbeitsplätze. Es ist Aufgabe der Landespolitik daran mitzuwirken, das notwendige gesellschaftliche Umfeld für Innovationen zu schaffen.

Neue Produktideen entstehen zunehmend im Grenzbereichen zwischen den Wissenschaften, dies erfordert neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen einerseits und Praktikern und Wissenschaftlern andererseits.

Seit 1990 hat Brandenburg eine Wissenschafts- und Forschungslandschaft aufgebaut, die in ihrer Verzahnung mit innovativen Unternehmen standortprägende Bedeutung auf mehreren Technologiefeldern entfaltet, so zum Beispiel Biotechnologie, Halbleitertechnologie, Verkehrstechnik und Polymertechnologie. Es gilt, auch weiterhin Wissen um Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zusammenzubringen. Dabei muß die Kette Wissen → Entwicklung → Produktion → Vermarktung enger geknüpft werden.

Die Förderung der in der Landestechnologiekonzeption ausgewählten Technologiefelder ist fortzusetzen. Hierbei sind die Aktivitäten der davon tangierten Landesgesellschaften wie z.B. T.IN.A. und Wirtschaftsförderungsgesellschaft zusammenzuführen. Nur durch eine Bündelung aller Instrumente der Technologieförderung ist ein optimaler Effekt für diesen Bereich erzielbar.

Neben der vorrangigen Förderung neuer Technologien ist die technologische Weiterentwicklung in den traditionellen Industriebereichen zu sichern.

Den Ausbau regionaler Technologie- und Gründerzentren wollen wir verstärkt fördern. Dabei ist eine branchenorientierte Schwerpunkt-

setzung notwendig. Mit solchen regionalen Impulszentren kann das endogene Potential entwickelt und gestärkt werden.

Für die Sicherung der Innovationskraft ist Bildung die Schlüsselresource. Den Hochschulen des Landes kommt bei der Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften und beim Know-how-Transfer eine bedeutende Funktion zu. Sie bilden damit eine wesentliche Grundlage des aktiven Strukturwandels und der Strukturentwicklung.

Die Qualität von Produkten und Dienstleistungen ist die wichtigste marktbestimmende Größe. Die Qualität der Arbeit und der Arbeits- und Produktionsorganisation ist hierfür ausschlaggebend. Deshalb ist eine Ausrichtung der Qualifikationspolitik auf Verantwortungsbereitschaft, Prozeßverständnis, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, Teamarbeit und Flexibilität notwendig.

Innovation muß finanziert werden. Der Zugang zum Kapitalmarkt sowie der Einsatz von Wagniskapital z.B. durch Fondslösungen muß erheblich verbessert werden. Patentanmeldungen aus dem Wissenschaftsbereich müssen erleichtert werden: dazu sind auch die Instrumente des europäischen Patentsystems stärker zu nutzen. Es ist Aufgabe der Landespolitik, in ihrem Wirkungsbereich effektive Lösungsansätze zu schaffen (z.B. Technologiestiftung) und auf Bundesebene die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen nachhaltig zu initiieren.

## Brandenburg – Medien- und Telekommunikationsstandort mit Zukunft

Medienwirtschaft und Telekommunikation gehören zu den dynamischsten Bereichen der Wirtschaft. Mittelfristig ist dies der Bereich, in dem nicht nur die Wertschöpfung, sondern auch das größte Arbeitsplatzwachstum entsteht. Unsere Politik wird deshalb ebenso dynamisch sein müssen, um im Dialog Brandenburgs Zukunftsfähigkeit zu erhalten. Der Weg in die Informationsgesellschaft hängt davon ab, ob wir die Ideen von Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und vieler Einzelner verknüpfen. Die Brandenburger Informa-

strategie 2006 soll deshalb lokale und regionale Initiativen und Projekte initiieren, koordinieren, motivieren und unterstützen.

Wir wollen in Brandenburg keine Zweiklassengesellschaft, in der diejenigen benachteiligt werden, denen der Zugang zu den sich entwickelnden Informationsmedien und Informationsnetzen erschwert wird. Insbesondere in ländlichen, berlinfernen Regionen besteht die Gefahr, daß Menschen auf dem Abstellgleis der Informationsgesellschaft landen.

Brandenburg verfügt über eine hervorragende Telekommunikationsinfrastruktur, die durch Investitionen vor allem kommunaler Unternehmen laufend verbessert wird. Wir wollen den Kommunen die Nutzung des Landesverwaltungsnetzes ermöglichen und beim Ausbau kommunaler Dienstleistungszentren unterstützen. Diese Dienstleistungszentren sollen vor allem den Bedarf in der Verwaltung, in den Schulen, Bibliotheken, Bildungseinrichtungen und anderen Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft bündeln und effektiv gestalten.

Im ländlichen Raum müssen wir unser Engagement intensivieren. Wir werden prüfen, ob über das Verwaltungsnetz des Landes und die Hochschulen kostenlose Angebote für den ländlichen Raum geschaffen werden können.

Wir starten eine Bildungs- und Wissensoffensive auf allen Ebenen der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Ziel ist eine Erhöhung der Kompetenz und eine Verbesserung der Ausstattung:

Mit einer Qualifizierung der Lehrkräfte wollen wir an den Schulen und in den Betrieben die Voraussetzungen für eine gute Ausbildung schaffen.

Wir brauchen den Einsatz multimedialer Lehr- und Lernsysteme. Nur so können die Möglichkeiten der Vernetzung aller Bildungseinrichtungen auch genutzt werden. Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen müssen mit neuen Medien (Hardware, Software und Netzwerken) ausgestattet werden. Allen Bildungseinrichtungen muß der Zugang zum Internet ermöglicht werden.

Über die Schulen und Bildungseinrichtungen wollen wir jungen Menschen den Zugang zu Informationsnetzen erleichtern und so eine Initialzündung für die gesamte Bevölkerung des Landes erreichen.

Um den Internet-Zugang für alle zu gewährleisten, werden wir Bürger- und Wirtschaftsnetzvereine unterstützen, die die Keimzelle einer regionalen Selbstorganisation sein können. Sie bilden eine Kommunikationsplattform, die vor Ort einen Zugang zu Informationsnetzen schaffen kann. Ebenso unterstützen wir NetCity-Initiativen.

Die Wirtschaftsförderung soll die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöhen und muß darum den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien angemessen berücksichtigen.

Die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze im Bereich der Teledienstleistungen sind gut.

Folgende Ziele stehen für uns im Vordergrund:

- Wir wollen die Qualifizierung von zukünftigen Mitarbeitern in Teledienstleistungsunternehmen professionalisieren und damit die Qualitätsstandards für die Dienstleistungsunternehmen in Brandenburg verbessern.
- Die Schaffung neuer Berufsbilder mit anerkannten Zertifikatausbildungen.
- Telearbeit im ländlichen Raum muß zu ihrer Ansiedlung die notwendige Förderung erhalten.

Die Ansiedlung verschiedener Telekommunikationsunternehmen und die Entstehung von Call-Centern schaffen Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen des Landes. Die Förderung dieser Arbeitsplätze verlangt eine gute Koordinierung von Maßnahmen und eine Aufgeschlossenheit neuen Formen der Erwerbstätigkeit gegenüber. Wir werden darauf achten, daß bei der Ansiedlung von Call-Centern soziale Mindeststandards eingehalten und Ansprüche an vernünftige, zukunftsfähige Arbeitsplätze umgesetzt werden.

Im Bereich der Medien sind Ansiedlungen und Neugründungen durch die Konzentration auf den Standort Babelsberg gelungen. Dieses Engagement trägt auch durch wachsende Beschäftigtenzahlen Fröch-

te und muß fortgeführt werden. Besondere Bedeutung hat dabei die Qualifizierung in Medienberufen, die den zukünftigen internationalen Rang Babelsbergs bestimmen wird. Die Hochschule für Film und Fernsehen, das FX-Center und die Ansiedlung des Hasso-Plattner-Institutes sind dafür gute Voraussetzungen. Zukunftsfähige Aus- und Weiterbildung läßt sich am besten im Dialog und in Zusammenarbeit mit der Medienwirtschaft gestalten.

## II. Sicherheit und Gerechtigkeit.

... damit wir gemeinsam ein tolerantes Brandenburg schaffen.

Sicherheit ist ein Bürgerrecht für alle Menschen in Brandenburg. Wir wollen, daß alle Menschen in Brandenburg in Sicherheit leben können.

Sicherheit und Ordnung in Brandenburg für alle Bürger herzustellen, ist die Aufgabe des Staates. Das friedliche, solidarische und tolerante Zusammenleben zu sichern, ist die Angelegenheit jedes einzelnen Menschen. Wir wollen den ordnenden Eingriff des Staates, wenn das Zusammenleben gefährdet ist. Wenn ein ordnender Eingriff nicht ausreicht, brauchen wir die staatliche Repression gegen diejenigen, die andere gefährden.

Daraus ergeben sich in Brandenburg zwei wesentliche Aufgaben:

- Soziale Unsicherheit ist die Ursache für die meisten Konflikte; Ausgrenzung führt häufig zu Kriminalität und Gewalt. Deshalb muß unser Land allen die Chance bieten, einen Platz in unserer Gesellschaft finden zu können.
- Jeder Mensch in Brandenburg muß vor Kriminalität und Gewalt geschützt werden. Es ist die Pflicht des Staates, dies sicherzustellen. Die Sicherheit vor Kriminalität und Gewalt darf nicht vom Geldbeutel des Einzelnen abhängen.

Soziale Sicherheit, die vielfältige und tolerante Kultur unseres Landes sowie innere Sicherheit sind drei Facetten unserer Politik. So wollen wir unsere demokratische Gesellschaft erhalten und stärken. Wir gehen konsequent die Ursachen von Gewalt an und sind hart gegen Straftäter. Unser Ziel ist eine zivile Bürgergesellschaft, deren Mitglieder sich ihrer eigenen Identität bewußt sind und deshalb fremde Identitäten akzeptieren können. Das Engagement aller Bürger für dieses Ziel wollen wir ausdrücklich fördern.

## **Sicherheit durch Zusammenhalt: Unsere Politik für Fortbestand und Ausbau der sozialen Demokratie**

Wir wollen die solidarische Gesellschaft weiter entwickeln und sichern.

Es ist die Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen für das Zusammenleben der Menschen zu schaffen. Das Ziel einer sozialen Demokratie ist, allen einen gerechten Anteil an den Gütern der Gesellschaft zu sichern und dafür zu sorgen, daß niemand unverschuldet in Not leben muß. Diese Verantwortung nehmen wir an. Wir wollen sie gemeinsam mit allen Menschen in Brandenburg gestalten.

Für uns heißt Sozialpolitik:

- die Bevölkerung vor den Gefahren zu schützen, die der einzelne nicht bewältigen kann,
- die soziale Lage von denjenigen zu verbessern, die ausgegrenzt werden oder von Ausgrenzung bedroht sind,
- einen Ausgleich zu erreichen, damit die soziale Kluft nicht immer größer wird.

Es ist jedoch nicht allein die Aufgabe des Staates, für die Verwirklichung dieser Grundsätze einzutreten. Staatliche Leistungen brauchen immer eine Ergänzung durch ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement. In einer solidarischen Gesellschaft ist die Wahrnehmung sozialer Verantwortung durch die Bürger unabdingbar.

Sozialpolitik bedeutet für uns, die Hilfe des Staates zur Selbsthilfe zu gestalten. Wir wollen Hilfsbedürftigen nicht einfach ihre Sorgen abnehmen, sondern sie bei der Lösung ihrer eigenen Probleme unterstützen. Wir wollen Aktivierung des Einzelnen statt bevormundender Betreuung. Damit soziale Leistungen zielgenau und effizient eingesetzt werden, brauchen wir Kooperationen und Vernetzung.

Wir respektieren den Wunsch von kranken, pflegebedürftigen und alten Menschen, möglichst lange in ihrer bisherigen Umgebung und

in ihren sozialen Bezügen leben zu können. Für uns gilt in diesen Politikfeldern der Grundsatz „ambulant vor stationär“

## Gesundheit in Brandenburg - für alle Menschen

Wir werden weiterhin für die gesamte Bevölkerung in Brandenburg eine effiziente Versorgung im Gesundheitsbereich garantieren. Wir wollen den weiteren Auf- und Ausbau einer aufeinander abgestimmten Versorgung für alle Menschen in Brandenburg.

In der abgelaufenen Legislaturperiode haben wir mehr als eine Milliarde Mark investiert, um die stationäre Versorgung in den Krankenhäusern zu verbessern. Seit 1995 setzen wir ein Krankenhaus-Investitionsprogramm um, mit dem wir das Niveau unserer Krankenhäuser deutlich verbessern. Dieses Programm werden wir bis 2004 kontinuierlich gemeinsam mit dem Bund und unterstützt durch die Krankenhäuser fortsetzen. Modernisierungen und die Schaffung neuer Strukturen zum Nutzen der Patienten und der Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser werden wir weiterführen.

Mit der Weiterentwicklung der Polikliniken zu Gesundheitszentren hat Brandenburg einen bundesweit anerkannten und innovativen Beitrag zur Verbesserung der ambulanten Versorgung geleistet. Wir werden uns dafür einsetzen, die rechtlichen Voraussetzungen für den Ausbau dieser medizinischen Zentren, die in der Bevölkerung viel Zuspruch gefunden haben, zu schaffen. Die Kooperation von Arztpraxen schafft eine günstigere und bessere medizinische Versorgung. Wir wollen hierzu Modellprojekte in Absprache mit Krankenkassen und Ärzten erreichen.

Auch bei den Rehabilitationskliniken haben wir in Brandenburg eine ausgewogene Struktur geschaffen. Um diese Einrichtungen und ihre Arbeitsplätze zu erhalten, wollen wir verfehlte Regelungen auf Bundesebene schnellstmöglich zurücknehmen. Hierzu werden wir auch im Bundesrat Initiativen starten.

Das Landesprogramm „Aufbruch Psychiatrie“ ist ein wichtiger Schritt gewesen, um ein flächendeckendes und gemeindenahes psychiatrisches Versorgungssystem zu schaffen. Wir werden diese ambu-

lante und teilstationäre Versorgung weiter ausbauen, damit Menschen nicht unnötig in Großkrankenhäusern versorgt werden müssen.

Legale Rausch- und Genußmittel sowie illegale Drogen haben in unserer Gesellschaft eine weite Verbreitung. Wir werden integrierte regionale Verbundsysteme zur Suchtkrankenhilfe aufbauen. Außerhalb und in den Schulen müssen Präventionsprogramme vor allem für Jugendliche weiter entwickelt werden. Sie sollen gemeinsam mit Kontaktstellen ein differenziertes Beratungsangebot für Betroffene bieten.

Wer mit Drogen illegal handelt, verdient keine Nachsicht. Drogenabhängige müssen geeignete Hilfe erhalten.

## Für ein familienfreundliches Brandenburg

Familien und alle anderen auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften sind die wichtigste Bindung, die Menschen in unserer Gesellschaft eingehen können. Wir werden Familien auch in Zukunft unterstützen. Sie sind für uns ein wesentlicher Orientierungspunkt für andere Politikfelder. Schule, Kitas oder Wohnungsbau müssen auf Familien ausgerichtet werden.

Familie ist, wo Kinder sind. Wir wollen Familien schützen und das Zusammenleben mit Kindern nicht zum finanziellen Risiko machen. Wir wollen die Beziehung zwischen Eltern und Kindern schützen und das Wohl des Kindes fördern. Deswegen werden wir uns auf Bundesebene weiterhin für einen wirksamen Familienlastenausgleich einsetzen, der das Zusammenleben mit Kindern unterstützt. Alleinerziehende brauchen die besondere Unterstützung durch die Gesellschaft.

Wir haben in Brandenburg vielfältige Strukturen geschaffen und gefördert, die Familien unterstützen. Dazu gehören Beratungsleistungen der Jugendämter, die Ehe- und Familienberatungsstellen ebenso wie die verschiedensten Formen der Familienerholung, der Familienbildung und die Landesstiftung „Familien in Not“.

Bei der Reform des Kindschafts- und Unterhaltsrechts haben wir auf Bundesebene unseren Einfluß erfolgreich geltend gemacht, um die Situation der Betroffenen deutlich zu verbessern.

Im landesweiten Projekt „Familie im Mittelpunkt“ werden wir Städte und Gemeinden unterstützen, ihre Infrastruktur für die Familien auszubauen. Wir wollen die Wohn- und Lebensbedingungen familienfreundlich gestalten.

Wir wollen mehr Möglichkeiten für ein rechtlich abgesichertes Zusammenleben von Paaren schaffen. Dazu gehört auch die Absicherung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und ihr Schutz vor Diskriminierung.

Seit Anfang des Jahres bieten wir mit der Insolvenzordnung den ver- und überschuldeten Haushalten in unserem Land die Chance für einen wirtschaftlichen Neuanfang. Die hierzu notwendige Beratung und Betreuung wird überwiegend von Schuldnerberatungsstellen wahrgenommen. Insolvenzberatung in Schuldnerberatungsstellen wird von uns gefördert.

## Gleichstellung in Brandenburg - Frauen nach vorn

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben können. Wir werden in Brandenburg dafür sorgen, daß Männer und Frauen im Erwerbsleben, im öffentlichen Leben, in Schule und Ausbildung, Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung gleichgestellt sind.

Dazu bedarf es auch weiterhin einer aktiven Förderpolitik für Frauen, die deren gesonderten Problemlage gerecht wird. Beispielhaft hierfür steht die Frauenförderverordnung, mit der Brandenburg - einmalig in der Bundesrepublik - Neuland betreten hat.

Unser Landesgleichstellungsgesetz hat sich bewährt und trägt auch im privatwirtschaftlichen Bereich dazu bei, Frauen mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Nachholbedarf gibt es noch immer in den leitenden Funktionen. Über Quotierungsmaßnahmen oder Besetzungskorridore kann hier Einfluß genommen werden. Die Grund-

sätze des Landesgleichstellungsgesetzes sollen in allen Bereichen, auch in Hochschule und Wissenschaft, Geltung erlangen.

Wir wollen die Belange der Frauen bei allen Maßnahmen der Arbeitsförderung und bei Fort- und Weiterbildung auch in Zukunft berücksichtigen. Der Anteil der Frauen in diesen Maßnahmen soll regional jeweils mindestens ihrem Anteil an der Erwerbslosigkeit entsprechen. Die Regionalstellen Frauen und Arbeitsmarkt sind eine wichtige Anlaufstelle für Frauen geworden. Ihre Arbeit soll deshalb fortgeführt und im Bereich der innovativen Frauenprojekte noch verstärkt werden. Solange wir eine hohe Frauenarbeitslosigkeit verzeichnen, sind die Programme „Arbeit statt Sozialhilfe“ und Lohnzuschüsse für spezielle Gruppen notwendig.

Mädchen und junge Frauen sind durch die Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsmarkt besonders betroffen. Sie müssen deshalb durch Ausbildungsbeihilfen und Unterstützung beim Übergang in das Erwerbsleben verstärkt gefördert werden. Insbesondere ermutigen wir Mädchen und junge Frauen, Ausbildungen zu absolvieren und Berufe zu ergreifen, die für sie noch als untypisch gelten.

Wir wollen Lebensverhältnisse schaffen, in denen sich schwangere Frauen für ihr Kind entscheiden können und nicht für den Schwangerschaftsabbruch. Auf Bundesebene haben wir an den richtigen Entscheidungen für den verbesserten Familienlastenausgleich und die Erhöhung des Kindergeldes mitgewirkt.

In Brandenburg wollen wir unser Beratungsangebot erhalten, um Frauen in Konfliktsituationen eine selbstbestimmte Entscheidung zu ermöglichen. Das Land wird auch weiterhin Unterhaltsvorschuß gewähren. Wir unterstützen Bundesgesetze, die gegenüber den Vätern die Rückforderung durchsetzen, indem der Führerscheinentzug und gemeinnützige Arbeit angedroht und durchgesetzt werden.

Die Frauenhäuser sind nicht nur Zufluchtsstätte bei Gewalt in Ehe und Familie, sondern ein Beratungs- und Kommunikationsangebot. An ihrer Finanzierung werden wir uns auch in Zukunft beteiligen.

Die Förderung der Frauenverbandsarbeit werden wir fortsetzen. Wir wollen aktive Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen, die in ihrer Arbeit durch die kommunalen Vertretungen unterstützt werden. Ein starkes Frauenministerium ist dabei für uns unverzichtbar.

## Kleine Brandenburger werden bei uns groß geschrieben

Kinder brauchen Liebe und Zuwendung, Sicherheit und Zeit. Wir müssen mit unserer Politik die Voraussetzungen dafür schaffen. Deshalb wollen wir unsere Kinder- und Jugendpolitik fortsetzen und weiter intensivieren. Es wird unseren Kindern nur gut gehen können, wenn wir eine gute Politik für ihre Eltern machen.

Kinder brauchen Freiräume und den Schutz vor physischer und psychischer Gewalt. Ein besonderer Schwerpunkt wird der Schutz unserer Kinder vor sexueller Gewalt sein.

Die Belange von Kindern müssen beim Bau von Gebäuden und Verkehrswegen - insbesondere von Radwegen und öffentlichen Verkehrsmitteln - auch in Zukunft berücksichtigt werden. Wir setzen auf eine politische Kultur, die Kinder und Jugendliche beteiligt an Planungsvorhaben, welche sie in ihrer Lebenswelt und ihrem Sozialraum treffen. Kulturarbeit muß Kinder und Jugendliche einbeziehen. Wir werden die Schaffung und den Erhalt von Räumen und Flächen für das Spielen von Kindern unterstützen.

Kinder brauchen die Gemeinschaft von Kindern! - Das ist für uns Sozialdemokraten der wichtigste Aspekt, uns auch weiterhin dafür einzusetzen, daß jedem Kind in Brandenburg, dessen Eltern es wünschen, ein Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus sind Ganztagsbetreuungen eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer. Wir setzen uns auch in Zukunft für ein qualitativ hohes und auf die Bedürfnisse der Eltern und Kinder zugeschnittenes Angebot ein.

## Chancen für Jugendliche - Aufbruch in die Zukunft Brandenburgs

Wir wollen den Kindern und Jugendlichen, die in Brandenburg aufwachsen, eine Zukunft in unserer Region bieten. Dafür werden wir durch ein qualifiziertes Schulangebot, die Sicherung der beruflichen Erstausbildung und den weiteren Ausbau des Hochschulsystems alle Voraussetzungen erbringen, die wir dazu leisten können.

Wir wollen die Jugendlichen in unsere Arbeit einbeziehen: Mit den gewählten Vertretungen in den Schulen, den Betrieben und den Hochschulen werden wir das Gespräch führen und die Möglichkeiten für die Mitgestaltung intensivieren. Wir werden aktiv auf die Jugendverbände und -organisationen zugehen.

Kindern und Jugendlichen sind ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten oft nicht ausreichend bekannt. Deshalb wollen wir mit den Gemeinden, Städten und Kreisen vergleichbare Strukturen kommunaler Mitwirkung auf freiwilliger Grundlage schaffen, die Jugendlichen größeren Einfluß geben.

Bei den Jugendeinrichtungen und Jugendclubs wollen wir die Beteiligung und die Gestaltungsmöglichkeiten von Jugendlichen erweitern. Freiheit hat dabei aber Grenzen: Wir werden keine Projekte fördern, die rechtsextreme oder fremdenfeindliche Ideen unterstützen.

Ein besonderes Anliegen ist die politische Bildung von Jugendlichen. Wir wollen auch in Zukunft jungen Menschen dabei helfen, die neuen Herausforderungen zu meistern und ihren eigenen Weg in einer schwer durchschaubaren Welt zu finden. Die öffentlichen und freien Träger und die Projekte der außerschulischen politischen Bildungsarbeit werden wir auch in Zukunft unterstützen. Insbesondere im ländlichen Raum muß die Jugendarbeit weiter gestärkt werden. Die Jugendverbände können hierfür einen wichtigen Beitrag leisten.

In den Freizeittreffs und den Jugendverbänden wollen wir eine sozialpädagogische Betreuung gewährleisten, um Jugendlichen in schwieriger Lebenssituation helfen zu können und ihnen Ansprechpartner zur Seite zu stellen. Darin sehen wir einen Beitrag zur präventiven Ju-

gendarbeit. Deshalb werden wir die Mittel des Landesjugendplanes weiter verstetigen und das Förderprogramm für Personalstellen fortsetzen.

Jugendpolitik ist für uns ein wichtiges Politikfeld, auf dem wir die Interessen der jüngeren Generation wahren wollen. Auch in den anderen Politikfeldern müssen die Interessen der zukünftigen Generationen berücksichtigt werden.

Unsere Gesellschaft braucht einen neuen, einen zweiten Generationen-vertrag. Wir wollen nicht nur für Ältere eine Absicherung ihres selbstbestimmten Lebensabends. In der Kindheit und der Jugend erfolgen die Weichenstellungen für das ganze Leben. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen für eine unbeschwerter Kindheit schaffen und alle sozialen Begrenzungen beim Zugang zu Bildung beseitigen.

Wir werden die Mittel für die Ausbildungsförderung für Schüler und Studierende in den kommenden Jahren erhöhen und uns auf Bundesebene dafür einsetzen, daß mehr junge Menschen gefördert werden. Wir wollen den Umbau und die Weiterentwicklung der derzeitigen Ausbildungsförderung, damit Ungerechtigkeiten aus der alten Bundesrepublik beseitigt werden können. Dazu gehört auch die überfällige Ost-West-Angleichung. Unser Ziel ist, bei jungen Erwachsenen in der Ausbildung, die familienbezogene Förderung direkt an die Geförderten auszuzahlen. Damit wollen wir ihre Selbständigkeit erhöhen. Darüber hinausgehende notwendige Förderung muß gemeinsam von Bund und Land getragen werden, um eine qualifizierte Schul- und Hochschulausbildung für einen ausreichenden Zeitraum zu garantieren.

Studiengebühren und andere Maßnahmen, die den Zugang zu Bildungseinrichtungen beschränken, werden wir in Brandenburg nicht einführen und auf Bundesebene verhindern.

## Respekt und Würde - Senioren in Brandenburg

Wir wollen das Zusammenleben von jüngeren und älteren Menschen fördern. Mit ihren Lebenserfahrungen und ihrem Wissen sollen Senioren unsere Gesellschaft verantwortlich mitgestalten. Deshalb

verfolgen wir mit unserer Seniorenpolitik das Ziel, älteren Menschen möglichst lange ein eigenständiges und eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen. Wer aufgrund von Krankheit oder Gebrechen Hilfe benötigt, muß eine menschenwürdige Versorgung und Pflege erhalten können.

Ein Ergebnis unserer Förderung sind die über 120 Seniorenbeiräte, in denen sich das Engagement von Älteren am deutlichsten zeigt. Seit 1993 findet jährlich eine vom Land geförderte Seniorenwoche statt.

Die bestehende Arbeit für Senioren werden wir ausbauen. Die demographische Entwicklung bedeutet für Brandenburg, daß der Anteil der älteren Mitbürger weiter steigen wird. Wir wollen, daß Senioren aktiv in unserer Gesellschaft mitwirken und mehr in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Deshalb werden wir weiter Projekte unterstützen, die Ältere zum Mitwirken ermutigen.

Finanzielle Sicherheit im Alter ist von entscheidender Bedeutung. Bei der Alterssicherung wird immer stärker auch die Eigenverantwortung und die Eigenvorsorge gefordert sein. Wir werden dafür sorgen, daß niemand bei einer Neustrukturierung der Alterssicherung ohne finanzielle Grundabsicherung bleibt.

Der weitaus größte Teil pflegebedürftiger Menschen lebt Zuhause. Wir wollen die eigenständige und selbstbestimmte Lebensführung dieser Menschen möglichst lange bewahren und wollen dazu die Sozialstationen zu ambulanten Hilfe-Zentren weiterentwickeln. Ihre Aufgabe ist, das unübersichtliche Leistungsspektrum der regionalen Anbieter für die Pflegebedürftigen transparent zu machen. Außerdem sollen sie die Anbieter von Pflegediensten zur Entwicklung gemeinsamer, bedarfsgerechter Zusammenarbeit anregen und anhalten.

In der Zukunft werden wir Dienstleistungen, die die Pflege ergänzen, weiterentwickeln, da die Versorgung mit pflegerischen Leistungen nicht mehr ausreichen wird. Mit der Förderrichtlinie „Ambulante Dienste“ unterstützen wir die Kommunen in der Wahrnehmung dieser Aufgabe. Zusätzlich sollen in diesem Bereich auch Mittel der Arbeitsförderung noch gezielter eingesetzt werden. Für Brandenburg liegen hier große Chancen für neue Arbeitsplätze. Wir werden einen

steigenden Bedarf an stationärer Unterbringung befriedigen müssen. Deshalb werden wir das „Investitionsprogramm Pflege“ fortführen und an den zukünftigen Bedarf anpassen.

In den Krankenhäusern müssen die geriatrischen Behandlungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Deshalb sieht der neue Krankenhausplan ein entsprechendes flächendeckendes Versorgungsangebot vor. Wir werden diese Planungen weiter zügig verwirklichen. Das Recht auf Würde jedes einzelnen gilt auch für das Sterben. Wir werden daher, möglichst im Verbund mit stationären Altenpflegeeinrichtungen, Hospize schaffen, in denen eine pflegerische und ärztliche Versorgung sowie eine das Leben bejahende Sterbebegleitung stattfindet.

## Integration Behinderter: Hilfe zur Selbsthilfe in Brandenburg

In Brandenburg leben rund 200.000 Menschen mit Behinderung. Sie sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen, daß sie in das Arbeitsleben und in ihre Nachbarschaft so weit wie möglich integriert werden. Durch geeignete Maßnahmen zur medizinischen, beruflichen und sozialen Eingliederung sollen sie dabei unterstützt werden. Wichtig ist dabei auch die Barrierefreiheit beim Neu- und Umbau von öffentlichen Gebäuden, im sozialen Wohnungsbau und bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen.

Einen wichtigen Beitrag leistet die Selbsthilfebewegung. In über 1.000 Selbsthilfegruppen in Brandenburg treffen sich Menschen, die durch ein gemeinsames Schicksal miteinander verbunden sind. Viele von ihnen sind chronisch krank oder behindert. In diesen Gruppen wird das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ Wirklichkeit.

Die Unterstützung behinderter Menschen beginnt bereits in Frühförder- und Beratungsstellen im Kleinkindalter. In 68 Integrations-Kitas und in den Schulen lernen Kinder mit und ohne Behinderung den selbstverständlichen Umgang miteinander.

Im Erwachsenenalter steht die Eingliederung in die Berufsbildung und in den Arbeitsmarkt im Vordergrund. Die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt entscheidet über die Möglichkeit der freien Persönlichkeitsentwicklung. Sie bestimmt die wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten. Gerade im Bereich der Arbeitswelt müssen wir jedoch feststellen, daß die gesellschaftliche Integration Behinderter nur bedingt gelingt. Gerade in diesen Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche sind besonders große Anstrengungen erforderlich. Vorrangig sollen Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den Betrieben angeboten werden. Für diejenigen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht integriert werden können, werden wir weiterhin die Werkstätten für Behinderte und die Beschäftigung in „Geschützten Abteilungen“ fördern. Werkstätten für Behinderte in Brandenburg wollen wir durch die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand und der Kommunen fördern. Spezielle Ausbildungen für behinderte Jugendliche werden in Berufsbildungswerken angeboten und auch zukünftig von uns unterstützt.

Wir wollen den Auf- und Ausbau von Selbsthilfe- und Integrationsfirmen fördern, die behinderten Menschen dauerhaft Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Zeitliche Befristungen und die geringe Zahl behinderter Teilnehmer begrenzen unsere Möglichkeiten in der herkömmlichen Arbeitsmarktpolitik. Diese Grenzen wollen wir mit den Integrationsfirmen überwinden. Diese Betriebe kombinieren Existenzgründung, Qualifikation und Produktion und sind als gleichwertige Partner der Wirtschaft zu betrachten und zu behandeln. Mit Beratung und finanziellen Hilfen wollen wir die bestehenden Wettbewerbsnachteile im Rahmen unserer Möglichkeiten ausgleichen.

Bei der Schaffung und dem Erhalt ambulanter Dienste (familienentlastende Dienste, Fahrdienste, Betreuungs- und Beratungsstellen) werden die Landkreise und die kreisfreien Städte durch die Fortführung unserer Richtlinie „Ambulante Dienste“ weiterhin Unterstützung durch das Land erfahren.

Der Behindertenbeauftragte des Landes Brandenburg, aber auch die Beauftragten in den Kreisen und Städten, vertreten wirksam die Interessen der Behinderten. Sie kennen deren besonderen Bedürfnisse,

beraten die Betroffenen und werden auch gegenüber der Verwaltung mit eigenen Initiativen aktiv.

## “Ein Land läßt seine Muskeln spielen” - Bewegung für Brandenburg

Dem Sport kommt eine wichtige soziale Funktion zu: Er ist ein wichtiges Bindeglied für ganz unterschiedliche soziale Gruppen. Für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung hat er eine besondere Funktion.

Beim Sport geht es um das körperliche, geistige und seelische Kräftemessen und Kräftesteigern, um Gesundheitsförderung und den Ausdruck unserer Lebensfreude.

Dort wo Gewalt, Unfairneß, politische Instrumentalisierung, Fremdbestimmung oder Doping und Leistungsmanipulation den Sport und seine Kultur bedrohen, ist es unsere Aufgabe, ihn zu schützen. Wir wollen den Sport angesichts seiner humanitären Werte fördern und den Menschen und den Sportorganisationen dabei unsere Unterstützung geben.

Ehrenamtliches Engagement der Bürger hat für den Sport eine außerordentlich große Bedeutung und bildet die Stütze der vielfältigen Vereinskultur. Aus diesem Grund werden wir uns weiterhin für die Verbesserung der sozialen Anerkennung und Förderung der ehrenamtlich Tätigen in den Sportvereinen einsetzen. Die beim ehrenamtlichen Engagement anfallenden Arbeiten müssen so erleichtert werden, daß die Abläufe überschaubar sind und ohne übertriebenen Aufwand erledigt werden können. Wir werden neue Formen finden, unsere Anerkennung und Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeit zum Ausdruck zu bringen.

Sport ist auch einer der wichtigsten Bestandteile unserer Jugendpolitik. Aktiver Sport kann für junge Menschen neben der Familie und der Schule eine große soziale Integrationskraft entfalten. Er kann helfen, einen Weg in das Leben zu finden, der geprägt ist von Einsatzbereitschaft, Partnerschaft, Gewaltfreiheit und Toleranz. Deshalb

werden wir den Kinder- und Jugendsport im Rahmen des Breitensportes besonders unterstützen, uns für einen frühzeitigen Beginn der Gesundheits- und Bewegungserziehung einsetzen und die Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Sport intensivieren.

Der Schulsport leistet einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitserziehung und positiven Leistungsentwicklung von Jugendlichen. In den Städten und Gemeinden soll die Zusammenarbeit von Schule und Sportvereinen intensiviert werden. Einen besonderen Stellenwert für Schüler hat das Programm „Jugend trainiert für Olympia“.

Leistungs- und Breitensport bilden für uns eine Einheit, denn der eine kann ohne den anderen nicht existieren. Deswegen wollen wir den Breitensport fördern ohne den Leistungssport zu vernachlässigen. Die Arbeit der Olympia- und Landesleistungsstützpunkte und vorhandenen Sportinternate werden wir weiterhin unterstützen.

Mit dem Beschluß zur Finanzierung der Landessportschule Lindow aus Landesmitteln wird ein Anliegen der Sportverbände erfüllt und ein deutliches Signal für eine leistungsfähige Qualifizierungs- und Heimstätte des organisierten Sports in Brandenburg gesetzt.

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und unter Wahrung der Zuständigkeiten werden wir die Sanierung der vorhandenen Sportstätten, insbesondere der Schwimmhallen, unterstützen und fördern.

## **In Brandenburg den Rechtsstaat ausbauen und die Innere Sicherheit bewahren**

In unserem demokratischen Rechtsstaat haben alle Bürger ein Recht auf Schutz vor Kriminalität, nicht nur diejenigen, die sich private Sicherheit finanziell leisten können. Sicherheit gehört zu den wichtigsten Grundbedürfnissen der Menschen und ist wesentlicher Bestandteil ihrer Lebensqualität. Wir sorgen dafür - mit Konsequenz und Augenmaß.

Die Gewährleistung von Innerer Sicherheit und Innerem Frieden als gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesellschaft verlangt neben schnellem und entschlossenem Vorgehen gegen Straftäter zugleich eine gezielte und wirksame Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität. Dazu zählen auch Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Verunsicherung.

Wir haben die Kriminalität in Brandenburg zurückdrängen können. Das ist ein Erfolg unserer Politik. Die Zahl der Straftaten ist seit 1994 um rund 15 Prozent zurückgegangen. Die Aufklärungsquote konnte gleichzeitig deutlich gesteigert werden. Brandenburg befindet sich im vorderen Drittel aller Bundesländer. Die Arbeit der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte befindet sich auf einem guten Weg.

Gleichwohl ist die Zahl der Straftaten weiterhin zu hoch. Sie hat ihre Ursachen auch in der geographischen Lage Brandenburgs. Um Kriminalität zu bekämpfen, ist die intensive Zusammenarbeit mit Berlin und Polen notwendig. Hierzu gehört die Kooperation der Polizei mit dem Bundesgrenzschutz (BGS) und dem Zoll.

Seit Jahren besteht eine gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit mit Polen im Bereich der Polizei und der Staatsanwaltschaften des Landes, die in der Verbrechensbekämpfung sichtbar Erfolge zeigt.

## Ursachen bekämpfen und klare Grenzen setzen - Brandenburgs Einsatz gegen Jugendkriminalität

Überall in der Bundesrepublik bietet die Jugendkriminalität Anlaß zur Sorge. Auch in Brandenburg stieg in den letzten Jahren der Anteil der Tatverdächtigen unter 21 Jahren an.

Untersuchungen der Polizei zeigen, daß sich im Jugendbereich „Intensivtäter“ entwickeln, die Anführerfunktionen bei Jugendlichen haben: Fast drei Viertel aller straffällig gewordenen Jugendlichen begehen lediglich eine einzige Straftat; aber es gibt eine kleine Gruppe von nicht einmal fünf Prozent, die mehr als zehn Straftaten begehen. Auf diese Gruppe müssen wir angemessen reagieren, sie müssen die Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.

In erster Linie wollen wir Ausbildungsplätze und Perspektiven für Jugendliche schaffen. Die beste Vorbeugung gegen Kriminalität sind eine gute Sozialpolitik und eine aktive Jugendarbeit. Bei einer verstärkten Jugend- und Jugendsozialarbeit werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, daß sich die Jugendlichen in unseren Städten und Gemeinden wohl fühlen.

Dort, wo präventive Maßnahmen jedoch versagt haben, sind bestehende Gesetze konsequent anzuwenden. Jugendliche, die durch strafbare Handlungen auffallen, bedürfen der erzieherischen Einwirkung. Wir haben in der Vergangenheit Maßnahmen entwickelt und eingesetzt, die auf die Erziehung in Familie und Schule, berufliche Bildung sowie Kultur- und Jugendarbeit ausgerichtet sind.

Wenn diese Mittel nicht reichen, muß mit dem Jugendstrafrecht dafür gesorgt werden, daß weitere Straftaten vermieden werden. Dazu gehört auch der verstärkte Schutz der Opfer.

Wichtig für Jugendliche ist, daß der Zusammenhang der Strafe mit der Straftat erkennbar bleibt. Deshalb wollen wir zukünftig die Möglichkeiten des vereinfachten Jugendverfahrens und des beschleunigten Verfahrens noch stärker bei Heranwachsenden nutzen.

Jugendsozialarbeit, der Schutz Jugendlicher vor Kriminalität und die Hilfestellung für straffällig gewordene Jugendliche können nur mit

fachkundigem Personal geleistet werden. Fortbildung und Neueinstellung in diesem Bereich sowie die Vernetzung der bestehenden Strukturen werden wir deshalb fördern.

Wir haben bei der Polizei und im Justizbereich auf die speziellen Problemstellungen der Jugendkriminalität sowohl mit geeigneter Fortbildung von Bediensteten als auch mit besonderen Arbeitsformen reagiert. Dabei ist die Bildung von Jugendkommissariaten zur täterorientierten Bearbeitung von jugendlichen Intensivtätern in den Schutzbereichen eine notwendige Aufgabe. Besonders wichtig ist die Zusammenarbeit der polizeilichen Jugendbeauftragten mit Trägern der Jugendarbeit. Anlaßbezogen eingesetzte Jugendstreifen der Polizei haben sich bewährt.

Besonders ausgebildete Jugendstaatsanwälte und Jugendrichter, die zugleich dem Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechtes wie auch dem Opferschutz verpflichtet sind, sorgen für angemessene staatliche Reaktion auf geschehene und aufgeklärte Straftaten. Sie beteiligen sich aber auch gezielt am Rechtskundeunterricht in den Schulen und wirken so an der Verminderung von Jugendkriminalität mit.

Das wollen wir weiter fördern und ausbauen.

## Organisierte Kriminalität in Brandenburg bekämpfen

Zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität haben wir bereits 1994 die Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Frankfurt(Oder) eingerichtet, die Großverfahren mit länderübergreifendem Bezug bearbeitet. Die anderen Staatsanwaltschaften wurden um zusätzliche Abteilungen zur Bearbeitung von Organisierter Kriminalität ergänzt.

Bei der Polizei wurden Spezialdienststellen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität geschaffen. Dem Landeskriminalamt haben wir eine erweiterte Zuständigkeit für die Bekämpfung dieser Delikte übertragen. Geld ist der Lebensnerv der Organisierten Kriminalität. Wir haben deshalb eine Dienststelle für die Finanzermittlung eingerichtet.

Zwischen West- und Osteuropa besteht weiter ein Wohlstandsgefälle. Viele Menschen wollen deshalb illegal über die Grenze nach Deutschland. Menschenhändler und Schleuser bereichern sich auf Kosten dieser Flüchtlinge. Wir wollen diese illegale Einwanderung verhindern und unterbinden, daß mit der „Ware Mensch“ Geschäfte gemacht werden. Dabei steht die Bestrafung der Hintermänner und Profiteure für uns im Vordergrund.

## Sicherheitspartnerschaften - der Brandenburger Weg zur Prävention

Das wichtigste Mittel gegen Kriminalität ist Vorbeugung. Dazu gehören gesellschaftliche Maßnahmen, aber auch die Verantwortung jedes Einzelnen.

Auch in Zukunft wird die Bekämpfung der Kriminalität eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft sein. Wie es Pflicht des Staates ist, die Bürger zu schützen, muß auch jeder Einzelne seinen Beitrag für seine eigene Sicherheit tragen. Und auch die Sicherheit seiner Nachbarn darf ihm nicht gleichgültig sein. Deshalb setzen wir auf Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement.

Mit der Konzentrierten Aktion „Kommunale Kriminalitätsverhütung“ haben wir einen Weg entwickelt, die Bürger bei der Verbesserung der Sicherheit in ihrer direkten Umgebung zu unterstützen. In mittlerweile mehr als 60 Kommissionen beraten Bürger auf örtlicher Ebene auf Initiative der Kommunen mit öffentlichen und privaten Institutionen Lösungsmöglichkeiten. In über 70 Sicherheitspartnerschaften engagieren sich Bürger für die Sicherheit in ihrer Gemeinde. Auch in Zukunft wollen wir so dem Wunsch der Bevölkerung entsprechen, bei der Bekämpfung der Kriminalität aktiv mitzuhelfen.

## Mehr Sicherheit im Verkehr für Brandenburg

Unsere Anstrengungen, die Verkehrssicherheit in Brandenburg zu erhöhen, waren erfolgreich: Die Zahl der Unfälle konnte in den vergangenen Jahren deutlich gesenkt werden. Seit 1994 hat sich die Zahl

der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen um mehr als zehn Prozent, die der getöteten Personen sogar fast um 40 Prozent verringert. Dennoch bleibt Brandenburg mit schweren Verkehrsunfällen höher belastet als die meisten anderen Bundesländer.

Wir werden auch in Zukunft das Schwergewicht auf die Beeinflussung des Verhaltens der Verkehrsteilnehmer und die Gestaltung des Verkehrsraumes legen.

Durch Kampagnen für sicheres Fahren und gegen Alkohol am Steuer sowie das Absenken der Höchstgeschwindigkeit haben wir dazu beigetragen, die Zahl der Unfälle zu vermindern. Die Landesregierung soll eine Bundesratsinitiative „Null Promille“ starten.

Gerade für Jugendliche haben wir neue Angebote geschaffen: ABM-Projekte mit Busfahrern, die Jugendliche von der Disco nach Hause bringen, und das Fifty-Fifty-Taxi, bei dem das Land die Hälfte des Fahrpreises bezahlt, haben geholfen, Unfälle zu verringern.

Die Erziehung zu verantwortungsvollem Fahren aus eigener Einsicht ist die beste Prävention. Wo dies nicht erreicht werden kann, muß mit strikter Verkehrsüberwachung das gewünschte Verhalten herbeigeführt werden.

## Polizei in Brandenburg - Ansprechpartner für die Bürger

Die Polizei ist der erste Ansprechpartner der Bürger, wenn es um Sicherheit geht. Deshalb brauchen wir eine bürgernahe, sachlich und fachlich kompetente Polizei. Wir werden die Polizei und die einzelnen Polizisten auch in Zukunft dabei unterstützen, diese Aufgabe zu erfüllen.

Unsere Polizei arbeitet bürgernah. Deshalb haben wir in Brandenburg als erstem Bundesland ein Verfahren der polizeilichen Befragung von Bürgern für das ganze Land eingeführt. Unsere Polizei muß die Ängste und Befürchtungen, aber auch Bedürfnisse der Menschen kennen. Wir werden diese Befragungen weiterführen, um besser auf die Probleme der Bürger eingehen zu können.

Weil die Anforderungen an die Polizei auch in Zukunft sehr groß sein werden, müssen Grundsätze und Praktiken des Qualitätsmanagements wie sie international in der Wirtschaft erfolgreich sind, auch bei der Polizei eingeführt und als Standard praktiziert werden.

Für ihre Arbeit muß die Polizei über eine moderne und ausreichende Ausstattung und Technik verfügen. In den Mittelpunkt werden wir in den nächsten Jahren die Informations- und Kommunikationstechnik stellen.

Mit der Errichtung einer eigenen Fachhochschule der Polizei in Basdorf haben wir die Aus- und Fortbildung zusammengeführt, um den gestiegenen Anforderungen an die Polizei gerecht zu werden.

Wir werden das Erforderliche tun, damit die Bewohner und Besucher unseres Landes sich in Brandenburg sicher und wohl fühlen können.

## Das Vertrauen in den Rechtsstaat in Brandenburg stärken

Brandenburg verfügt nach dem mit der deutschen Einheit notwendigen Neuaufbau über eine funktionierende rechtsstaatliche Justiz. Es ist ein gutes Zeichen zunehmenden Vertrauens in die neue Rechts- und Gesellschaftsordnung, daß die Bürger Brandenburgs diesen Rechtsstaat mehr und mehr in die Pflicht nehmen. Sie erwarten von ihm soziale Gerechtigkeit, die Sicherung ihrer Freiheiten, Rechtssicherheit und effektiven Schutz vor Benachteiligung und materiellem Unrecht in schnellen Verfahren.

Angesichts steigender Geschäftszahlen bei den Gerichten und Justizbehörden kommt es heute darauf an, die Handlungsfähigkeit der Dritten Gewalt auszubauen. Dazu gehört neben guten Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter in den Justizbehörden auch eine angemessene Personal- und Sachausstattung. Hierfür setzen wir uns ein. Wir werden weiterhin durch Verbesserung der inneren Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften und durch Vereinfachung die Geschäftsabläufe beschleunigen. An den Vorhaben des Bundesgesetzgebers, die auf eine Entlastung der Rechtspflege abzielen, wird Bran-

denburg weiter mitarbeiten. Die Landesregierung soll eine Bundesratsinitiative „Einheitliches Eingangsgericht“ starten.

In dem Bereich der Kriminalitätsbekämpfung sehen wir sinnvolle Handlungsansätze darin, die Strafverfolgungstätigkeit auf besondere Schwerpunkte der Kriminalität zu konzentrieren, den Opferschutz auszubauen, Verfahren so schnell wie möglich durchzuführen, für Anwendung moderner Sanktionen sorgen zu helfen und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit um Vertrauen in die Arbeit der Justiz zu werben sowie nicht begründete Bedrohungsfurcht der Bürger abzubauen.

Bis in den Bereich der mittelschweren Kriminalität bietet der Täter-Opfer-Ausgleich die Möglichkeit, ein Gerichtsverfahren zu vermeiden. Indem der Täter seinen Schaden wiedergutmacht, ist er gezwungen, sich mit seiner Tat und deren Folgen selbst auseinanderzusetzen. Für das Opfer können so die seelischen und materiellen Belastungen eines Verfahrens vermieden werden. Sofern dieses Verfahren auch im Sinne des Opfers zur Anwendung kommen kann, halten wir es für sinnvoller als ein Gerichtsverfahren.

Der Täter-Opfer-Ausgleich ist in Brandenburg besonders intensiv und mit sehr großem Erfolg ausgebaut worden. Wir werden dort, wo es uns geboten erscheint, den Einsatz von Schlichtern und Schiedspersonen intensivieren.

In Brandenburg ist es besser als in den anderen Bundesländern gelungen die Verhandlung schon kurz nach der Tat durchzuführen. Wir wollen die Möglichkeiten des beschleunigten Verfahrens auch in Zukunft nutzen, um die Gerichte sinnvoll zu entlasten. Die Strafe muß der Tat unmittelbar auf dem Fuße folgen.

Ziel des Strafvollzuges in Brandenburg ist sowohl eine angemessene Sühne des Täters für die Tat als auch die Resozialisierung des Täters. Der Vollzug dient gleichzeitig dem Schutz der Allgemeinheit. Durch die Sühne soll erreicht werden, daß die eigene Schuld eingestanden und eine abschreckende Wirkung bei potentiellen Nachahmungs-tätern erzielt wird. Durch die Resozialisierung wollen wir verhindern, daß Straftäter rückfällig werden. Wichtige Mittel sind die schulischen und beruflichen Bildungsmaßnahmen und die Arbeit der Gefangenen.

---

Dazu kommen für bestimmte Täter vor allem psychotherapeutische oder sozialtherapeutische Behandlungen.

Schon in den vergangenen Jahren sind Entscheidungen über die Neu-einrichtung von Justizvollzugsanstalten getroffen worden, die auch von der Bevölkerung mitgetragen werden. Alte und unwirtschaftliche Anstalten müssen ersetzt werden. Durch die vorgesehenen Neubauten werden zusätzliche Haftplätze geschaffen. Für 600 Mio. DM ist ein Bauprogramm für die nächsten Jahre initiiert worden, das sichere und dauerhafte Einrichtungen für den Strafvollzug schafft. Damit kann sowohl dem Gedanken der Resozialisierung mehr Geltung verschafft als auch dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung getragen werden. Zugleich werden die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter im Justizvollzug verbessert.

## Tolerantes Brandenburg

Brandenburg ist ein tolerantes Land. Wir achten die Würde und die Kultur jedes einzelnen Menschen, der in Brandenburg lebt oder nach Brandenburg kommt. Wir wollen gemeinsam mit allen Brandenburgern dafür Sorge tragen, daß niemand aufgrund seiner Rasse, Abstammung, Nationalität, Sprache, seines Geschlechts, seines Aussehens, seiner Nationalität, seiner sexuellen Orientierung oder seiner Weltanschauung und Religion benachteiligt oder mißhandelt wird.

Als Land in der Mitte Europas ist unsere Geschichte eng mit Zuwanderung verknüpft. Einige der klügsten Köpfe in unserer Geschichte sind aus anderen Ländern aus religiösen und nationalistischen Gründen vertrieben worden. Sie haben bei uns ein neues Zuhause gefunden und haben unserem Land genützt.

Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger sind bereit, Menschen in unserem Land eine Heimat zu geben. Wir erleben fremde Menschen als Gewinn für unser Land.

Der Aufbau unserer Wirtschaft seit 1990 wäre ohne Investitionen aus dem Ausland nicht vorstellbar.

Unsere Wirtschaft und unser alltägliches Leben erhalten auf vielfältige Weise notwendige Impulse von außen. Wer versucht, unser Land abzuschotten und Fremde auszugrenzen, verschenkt diesen Zugewinn für unser Land und beschädigt den Wirtschaftsstandort Brandenburg. Die schlimmsten Formen der Ausgrenzung sind Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus.

## Kein Platz in Brandenburg für Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus

Noch zu oft werden Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus hingegenommen durch Wegsehen, Weghören und Schweigen. Deshalb werden wir auch in Zukunft Zivilcourage und Engagement ehren.

Wer in Brandenburg Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet oder Volksverhetzung betreibt, wird von uns mit allen Mitteln des Rechtsstaates verfolgt. Wer das Zusammenleben in Brandenburg auf diese Art verdirbt, schadet Brandenburg. Wir werden dieses Verhalten nicht hinnehmen.

Wir werden Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus in unserem Land nicht dulden und mit Nachdruck auf allen Gebieten bekämpfen, denn sie stellen eine ernsthafte Gefährdung unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft dar.

Wer Gewalttaten gegen Fremde und Ausländer begeht und den Rechtsextremismus unterstützt, wird von uns energisch bekämpft.

Mit der Mobilen Einsatzgruppe gegen Ausländerfeindlichkeit (MEGA) wurde ein Mittel zum flexiblen Einsatz gegen rechtsextreme Gewalt geschaffen. Wir wollen diejenigen, die das demokratische Zusammenleben stören, aus der Anonymität herausholen und verhindern, daß Gewalttäter sich verstecken. Sie müssen wissen, daß wir sie konsequent verfolgen werden. Die Mobile Einsatzgruppe gegen Ausländerfeindlichkeit hat sich für diesen speziellen Zweck bewährt. Wir werden die Polizei bei ihrem Kampf gegen jede Form des Extremismus weiter unterstützen und stärken.

## Gemeinsam in Brandenburg für Toleranz und Akzeptanz

Entscheidend für die Bekämpfung dumpfer rechter Gesinnung ist das Engagement der gesamten Bevölkerung. Mit dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aus Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Jugendorganisationen und anderen ist ein erster Schritt getan worden, um eine offene und öffentliche Diskussion zu ermöglichen.

Wir werden diese Aktivitäten weiterführen und sie auf regionaler und kommunaler Ebene fortsetzen. Nur durch engagierte Bürger wird Toleranz möglich werden. Deswegen wollen wir die Bürger, ihre Ver-

eine und Verbände weiter einbeziehen, wenn es um Fremdenfreundlichkeit und die Schaffung von Akzeptanz geht.

Die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen bündeln viele Initiativen. Sie sind dafür wichtige Anlaufstellen, die wir weiterhin fördern und unterstützen werden.

Die Opfer fremdenfeindlicher Gewalt brauchen unsere Hilfe und Unterstützung. Wir werden ihnen auch in Zukunft unbürokratisch Beistand leisten.

Wir wollen Jugendliche über rechte Parolen aufklären und ihr kritisches Urteil gegen jeden schärfen, der mit vermeintlich einfachen und falschen Lösungen versucht, sie für sich einzunehmen. Eine wesentliche Bedeutung hat politische Bildung, die innerhalb und außerhalb der Schule geleistet wird. Wir wollen das Beratungsnetz für Schulen stärken, um den Austausch und Informationsfluß zu intensivieren. Die Lehrkräfte in den Schulen müssen auf die Auseinandersetzung mit Gewalt und Fremdenfeindlichkeit sowie den Umgang mit Konflikten besser vorbereitet werden. Dafür werden wir im Rahmen der Fortbildung unsere Maßnahmen erweitern.

Der Schüleraustausch und jede andere Form der Begegnung mit Fremden ist gerade für Jugendliche wichtig. Wer Menschen aus anderen Ländern und mit anderen Kulturen kennengelernt hat, verfällt nicht so leicht der Versuchung, sie abzuqualifizieren. Deswegen wollen wir Jugendbegegnungen fördern.

Besonderes Engagement der Gemeinden und Städte und der einzelnen Bürger wollen wir auszeichnen. Wir wollen durch diese Würdigung mehr Menschen dazu anregen, für Toleranz und Akzeptanz gegenüber Fremden aktiv zu werden.

## Gemeinsinn stärken - Brandenburg gewinnt durch das Engagement seiner Bürger

Ehrenamtliches Engagement ist auch zukünftig in unserer Gesellschaft unverzichtbar. Viele Verbände und Einrichtungen in den Bereichen Jugendarbeit, Bildung, Sozialarbeit, Alten- und Familienhilfe, Kultur und Integrationspolitik sind auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Das Ehrenamt wirkt dort, wo staatliches Handeln an seine Grenze stößt, ist integraler Bestandteil des Sozialstaates und ergänzt ihn sinnvoll.

Im Bereich des Katastrophenschutzes nimmt die ehrenamtliche Arbeit eine herausragende Bedeutung ein. Die Freiwilligen Feuerwehren in Brandenburg sind nicht nur für den Brandschutz unverzichtbar, sondern auch als Träger des kulturellen Lebens in vielen Gemeinden. Die Freiwilligen Feuerwehren haben eine lange ungebrochene Tradition, die sie pflegen und der sie sich verpflichtet fühlen. Die von ihnen geleistete Kinder- und Jugendarbeit ist uns besonders wichtig. Genauso ist die Arbeit der großen Hilfsorganisationen ohne ehrenamtliches Engagement nicht denkbar.

Wer sich in Brandenburg ehrenamtlich engagiert, stärkt unser Land und nützt ihm. Deswegen liegt uns die Unterstützung der Bürger besonders am Herzen, die sich über ihren eigenen Bereich hinaus für andere einsetzen. Das Ehrenamt nutzt die vielfältigen Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen.

Ehrenamtliche Arbeit braucht aber auch eine der Bedeutung entsprechende Unterstützung und Förderung. Dazu gehören für uns eine angemessene Freistellungsregelung und die Anerkennung der in der ehrenamtlichen Arbeit gewonnenen Qualifikationen. Wir werden in Brandenburg Initiativen und Maßnahmen zur Anregung und Absicherung ehrenamtlicher Tätigkeit unterstützen.

Als Bekenntnis zur ehrenamtlichen Tätigkeit und zur Unterstützung der gesellschaftlichen Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement wird das Land Brandenburg seine Aktivitäten anlässlich des jährlichen

„Tages des Ehrenamtes“ verstärken. Wir werden uns für die Einrichtung von Freiwilligen-Börsen einsetzen, damit die Bürgerinnen und Bürger einen Anlaufpunkt erhalten, um zu gemeinnützigen Organisationen besser in Kontakt treten zu können, um sich in ansprechender Art und Weise ehrenamtlich zu betätigen.

Wo es aus landespolitischer Sicht sinnvoll ist, werden wir durch entsprechende Programme Anreize für ehrenamtliche Arbeit schaffen. Mit dem Programm „55 Aufwärts“ unterstützen wir beispielsweise seit 1994 das ehrenamtliche Engagement von Menschen, die frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, mit einer Aufwandsentschädigung. So können sie zumindest einen Teil der ihnen bei ihrer Arbeit entstandenen Kosten „refinanzieren“.

## III. Unser Land und unsere Zukunft.

**... damit wir Brandenburgs Identität stärken.**

Das Ziel unserer Politik ist die Herstellung und Erhaltung gleicher Lebenschancen für alle Bewohner unseres Landes – egal ob sie am Stadtrand Berlins oder im ländlichen Raum leben. Brandenburgs Reichtum ist seine Vielfalt in Natur und Landschaft. Der größte Reichtum aber sind seine Menschen.

Die Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes wird dauerhaft die Herausforderung für jede Politik in Brandenburg sein. Wir bekennen uns dazu, die Chancen der Städte und Gemeinden des äußeren Entwicklungsraumes durch verstärkte Förderung zu verbessern, weil wir die Menschen in Brandenburg mit ihren Bedürfnissen und Problemen ernst nehmen.

Deshalb wollen wir das Land auf der Grundlage des Leitbildes der Dezentralen Konzentration weiterentwickeln. Nur so können wir eine gleichberechtigte Teilhabe in unserem dünnbesiedelten Land für alle Menschen sicherstellen.

Um Politik gestalten und unser Land weiterentwickeln zu können, muß Brandenburg – das Land und seine Kommunen – seine Handlungsfähigkeit bewahren. Handlungsfähige und starke Kommunen sind das Fundament für ein lebendiges und aktives Land. Dafür werden wir auch in Zukunft intensive Anstrengungen unternehmen müssen.

Unsere wichtigste Aufgabe ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für uns und alle nachfolgenden Generationen. Nur mit einem Konzept der nachhaltigen Entwicklung können wir dies dauerhaft garantieren.

Brandenburg ist eingebunden in vielfältige europäische Verflechtungen. Wir profitieren von der europäischen Zusammenarbeit durch Investitionen aus dem europäischen Ausland und durch die Förderung

---

der Europäischen Union. Wir arbeiten deshalb am Prozeß der Einigung Europas und seiner Erweiterung aktiv mit.

Kernpunkt unseres Landes ist die vielfältige Kultur, die Identifikation und Identität ausmachen. Brandenburg bleibt einmalig. Diese Einmaligkeit zeigt sich in dem Zusammenspiel der Menschen in Brandenburg mit unserem Land und unserer Kultur.

## Brandenburgs Handlungsfähigkeit sichern

Brandenburg muß mit seinen Finanzen haushalten, um auch zukünftig gestalterische Spielräume für das Land zu erhalten. Auch in diesem Politikbereich müssen wir uns vom Prinzip der Nachhaltigkeit leiten lassen. Das stellt in den nächsten Jahren hohe Anforderungen an uns:

Wir müssen unsere Prioritäten bei der Verwendung unseres Geldes genau festlegen. Nicht alle Aufgaben und Maßnahmen, die wir uns wünschen, können erfüllt werden.

Der Regierungswechsel auf der Bundesebene und der Umzug von Bundesregierung und Bundestag verbessern unsere Chance für den Aufbau Ost. Aber auch gegenüber der neuen Bundesregierung und den Landesregierungen der alten Länder werden wir unsere Interessen konsequent vertreten. Gute Kooperation und Abstimmung war auch in den vorangegangenen Jahren eine der großen Stärken Brandenburgs.

Gleichzeitig muß sich Brandenburg auch in Zukunft verändern: Effizienz und Bürgernähe sind dabei das Leitbild für unsere Verwaltung auf allen Ebenen.

Unser Land braucht leistungsfähige Kommunen, die sich wirtschaftlich erfolgreich selbst verwalten können. Dabei gilt es, die unterschiedlichen Voraussetzungen in den verschiedenen Teilen unseres Landes auszugleichen, um gleiche Chancen zu gewährleisten.

### Gut haushalten für Brandenburgs Zukunft: Solide Finanzpolitik

Wir haben erfolgreich die Finanzen des Landes verwaltet: Von allen neuen Ländern hat Brandenburg am meisten in seine Zukunft investiert: In die Infrastruktur, in Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen, in den Erhalt unserer Umwelt und vor allem in die Sicherung der Beschäftigung.

Unsere Investitionsausgaben pro Kopf sind fast dreimal so hoch wie in den alten Ländern.

Das Land hat viele Aufgaben der Kommunen übernommen und mitfinanziert, um sie zu sichern. Unter den neuen Ländern hat Brandenburg die höchsten Beiträge für kommunale Aufgaben geleistet, und so dafür gesorgt, daß unsere Kommunen inklusive der Schulden ihrer Gesellschaften und Zweckverbände deutschlandweit die geringste Verschuldung haben.

Dies alles war nur mit hohem finanziellem Aufwand möglich. Um dauerhaft die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes zu sichern, führen wir seit 1994 die Nettokreditaufnahme stetig zurück und wollen sie bis zum Jahr 2002 weiter nachhaltig reduzieren. Gleichzeitig haben wir die Wirtschaftlichkeit beim Einsatz von Fördermitteln erhöht und die Aufbauhilfe verstärkt in strukturell wirkende Investitionen gelenkt.

Aus Verantwortung für die Zukunft Brandenburgs wird der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung fortgesetzt. Wir können in Zukunft nicht über unsere Verhältnisse leben. Wir dürfen nicht nur die Existenz unserer eigenen Generation sichern, sondern auch die der nachkommenden, denen sonst nur die Schulden bleiben.

Wir stehen vor einer grundsätzlichen Zäsur unserer Finanzpolitik: Im Jahr 2005 wird die befristete Aufbauhilfe für die neuen Länder aus dem Solidarpakt entfallen. Länder, die wie Bayern jahrelang selbst vom Finanzausgleich zwischen den Bundesländern profitiert haben, klagen nun gegen den Länderfinanzausgleich. Sie stellen den Solidarpakt, der bisher das finanzpolitische Rückgrat der deutschen Einheit ist, in Frage. Wir werden diesem Angriff auf die wesentlichen Grundlagen unserer bisherigen Finanzverfassung entgegenwirken und dafür sorgen, daß diese weiterhin dringend erforderlichen Aufbauhilfen für die neuen Länder bis 2004 gesichert werden; für die Zeit danach werden wir uns für eine verlässliche Anschlußregelung einsetzen. Dennoch werden wir uns auf eine Reduzierung der Mittel einstellen müssen.

Nur wenn wir heute klug haushalten und rechtzeitig die richtigen Strukturentscheidungen treffen, werden wir dauerhaft die ohnehin knapp bemessenen Haushaltsspielräume erhalten können. Wir werden in den Auseinandersetzungen um die Finanzordnung in Deutschland engagiert, aber auch solidarisch unsere Position vertreten.

Wir wollen das Geld, das wir ausgeben, für die Zukunft unseres Landes einsetzen. Prioritäten unserer Haushalts- und Finanzpolitik sind deshalb weiterhin eine hohe Investitionsquote, die Kofinanzierung der Bundes- und Europaprogramme und eine verlässliche Arbeitsmarktpolitik. Haushaltsbereiche, die die Technologieentwicklung, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Handlungsfähigkeit der Kommunen betreffen, müssen aus dem gleichen Grund stabilisiert werden.

## Leistungsfähige Kommunen - Rückgrat für ein starkes Brandenburg

Bis zum Anfang dieses Jahres gab es in Brandenburg 221 freiwillige Gemeindezusammenschlüsse. Nuthe-Urstromtal, Wahrenbrück, Niederer Fläming und Löwenberger Land sind nur einige Beispiele für erfolgreiche neue Gemeinden in unserem Land.

Die Bürger in Brandenburg müssen in Kommunen leben können, die sich selbst bürgerorientiert verwalten. Deshalb ist unser Ziel, bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2003 landesweit die Gemeinden dazu zu bewegen, diesen Schritt selbständig zu vollziehen. Wir werden rechtzeitig eine gesetzliche Regelung zur Gemeindegebiets- und Strukturreform vorlegen und bis dahin den freiwilligen Zusammenschluß der Gemeinden nach Kräften unterstützen.

Wir wollen so eine Voraussetzung für dauerhafte kommunale Handlungsfähigkeit schaffen. Kommunale Selbstverwaltung, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert, muß durch eine dauerhafte Finanzausstattung der Kommunen sowohl über die Erhöhung eigener Einnahmen als auch ergänzende Finanzierung durch das Land gesichert werden.

Gleichzeitig gilt es, Ungleichgewichte zwischen den armen und reicheren Teilen des Landes auszugleichen. Um gleiche Lebenschancen in allen Regionen Brandenburgs zu gewährleisten, werden wir das Gemeindefinanzierungsgesetz zu einem kommunalen Finanzausgleichsgesetz in den kommenden zwei Jahren weiterentwickeln.

Wir werden die Schulträger weiterhin beim Erhalt, der Sanierung und dem notwendigen Neubau von Schulen und Sportstätten unterstützen. (Schuldendiensthilfeprogramm, Bäderprogramm, „Goldener Plan Ost“ der Bundesregierung). Ein Bauprogramm für Oberstufenzentren soll diese Maßnahmen ergänzen.

Wenn wir Landesaufgaben an die Kommunen übertragen, werden wir den Kommunen aufgrund eines strikten Konnexitätsprinzips einen entsprechenden Kostenausgleich sicherstellen. Nur durch die Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse können öffentliche Mittel effizient, zielgenau und situationsbezogen eingesetzt werden. Deshalb wollen wir, daß der kommunale Handlungsspielraum erweitert und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird. Dazu gehört auch die Schaffung effizienter Gemeinde- und Verwaltungsstrukturen, aber auch eine Überprüfung der bisher von den Kommunen wahrgenommenen Aufgaben. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Sparkassen auch zukünftig in kommunaler Gewährträgerschaft verbleiben. Die klassische Verknüpfung zwischen Kommunen und Sparkassen muß erhalten bleiben. Durch eine Novellierung des Sparkassengesetzes soll es ermöglicht werden, daß erwirtschaftete Gewinne der Sparkassen teilweise zu Gunsten der kommunalen Gewährträger ausgeschüttet werden können.

## Brandenburgs bürgernahe Verwaltung weiter modernisieren

Brandenburg hat in wenigen Jahren eine moderne zweistufige Verwaltung geschaffen, die Voraussetzungen für ein bürgernahes und bürgerorientiertes Handeln bietet.

Das Brandenburger Verwaltungsnetz schafft eine vorbildliche Kommunikations- und Infrastruktur, die trotz dezentraler Aufgabenverantwortung gemeinsames Handeln ermöglicht. Gleichzeitig werden durch die neuen Steuerungsmodelle die Voraussetzungen zur Einführung der modernen Kostenleistungsrechnung in der Verwaltung geschaffen. Zielvereinbarungen und Budgets sollen zunehmend an die Stelle der bisherigen Haushaltswirtschaft treten.

Wir werden die Einbeziehung der Kommunen in unser Verwaltungsnetz erweitern. Wir werden Pilotprojekte für die vereinfachte elektronische Kommunikation der Bürger mit der Verwaltung fördern.

Normen und Standards legen Maßstäbe für die Verwaltung fest. Sie sind daher grundsätzlich als eine sinnvolle Absicherung der Bürger zu verstehen. Dennoch hat sich in der Vergangenheit vieles verselbständigt. Auch einige der mit der Vereinigung übernommenen Rechtsvorschriften empfinden viele Bürger eher als hinderlich denn als Unterstützung. Wir werden auch zukünftig regelmäßig die bestehenden Landesregelungen überprüfen. Ziel ist, diese auf das unabdingbare Maß zurückzuführen.

Auf Basis der Vorschläge der Verwaltungsstrukturkommission wird in der nächsten Legislaturperiode eine Verschlankung der Strukturen der Landesverwaltung erreicht. Öffentliche Dienstleistungen müssen für die Bürger so effizient und bürgernah wie möglich erbracht werden.

## Ländlicher Raum - Landesentwicklung für Brandenburg

In unserem Flächenland Brandenburg bleibt Politik für den ländlichen Raum auch in Zukunft Schwerpunkt unserer Arbeit.

Jeder Mensch, egal ob er im engeren Verflechtungsraum um Berlin oder im äußeren Entwicklungsraum lebt, muß die gleichen Chancen auf einen Arbeitsplatz, die Entfaltung seiner Persönlichkeit, soziale Sicherheit und Schutz vor Kriminalität haben. Dafür wollen wir auch in Zukunft Sorge tragen.

In allen Regionen des Landes wollen wir gleichwertige Lebensverhältnisse sichern. Damit wollen wir weitere Abwanderung aus dem äußeren Entwicklungsraum verhindern. Vorhandene kulturelle und wirtschaftliche Potentiale sollen dabei so ausgebaut werden, daß eine öffentliche Nutzung und der Erhalt historischer Strukturen Priorität besitzen.

Die Zukunft ländlicher Gebiete wie z.B. in der Lausitz, der Prignitz und der Uckermark liegt uns genauso am Herzen, wie die weiteren Ansiedlungen im unmittelbaren Berliner Umland. Wir sehen es als die Aufgabe der Landespolitik an, einen Ausgleich innerhalb des Landes zu organisieren.

Wir wollen, daß die Menschen sich auf dem Lande wohl fühlen und ihre Kinder eine sichere Zukunft haben. Durch die Maßnahmen zur Dorferneuerung wurden viele Probleme im ländlichen Raum, wie mangelnder Wohnraum und fehlende Infrastruktur, in den letzten Jahren in Angriff genommen. Diese Politik werden wir weiterführen, damit die Dörfer Brandenburgs noch schöner und lebenswerter werden.

Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe weiter ausbauen und neue schaffen, um damit die Produktion, die Weiterverarbeitung und die Vermarktung zu stärken und so den Lebensunterhalt für die Menschen in Brandenburg zu sichern.

Wir brauchen dauerhaft die Sicherung der land-, forst- und fischereirechtlichen Flächennutzung. Dazu gehört auch die Absicherung ihrer zukünftigen Entwicklung durch einen integrativen Ansatz in der Regionalplanung. Dieser muß sowohl eine vernetzte Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur zur Förderung von Wirtschaft und Tourismus enthalten, als auch den Erfordernissen einer entwickelten Landwirtschaft Rechnung tragen. Wir streben dabei ausgeglichene wirtschaftliche, infrastrukturelle, soziale, ökologische und kulturelle Verhältnisse an. Dafür wollen wir einen Landesentwicklungsplan für den Gesamttraum erarbeiten.

Brandenburg braucht auch in Zukunft das Konzept der Dezentralen Konzentration als Leitbild für die Entwicklung unseres Landes. Ne-

ben dem starken Zentrum Berlin brauchen wir entwickelte Ober-, Mittel- und Grundzentren mit überregional wirksamen Angeboten und großer Ausstrahlungskraft. Gleichberechtigte Teilhabe und lebenswertes Wohnen sind nur möglich, wenn wir alle Teile unseres Landes gleichermaßen entwickeln. Dafür bedarf es einer starken Politik für die Regionen. Diese Politik wollen wir auch in Zukunft weiterführen.

## Brandenburg und Berlin - gute Ideen kennen keine Grenzen

Die Entwicklung Berlins als Hauptstadt und Regierungssitz bedeutet eine große Chance für unser Bundesland. Wir wollen diese Chance nutzen. Die Bereiche Wohnen, Zulieferung, Erholung und Tourismus und die gemeinsame Geschichte gilt es dabei herauszustellen. Wir begrüßen und unterstützen es, daß viele Menschen aus Berlin und in Folge des Regierungsumzuges auch verstärkt aus anderen Teilen der Bundesrepublik und dem Ausland in Brandenburg eine neue Heimat suchen und finden. Wir begreifen die Menschen, die neu zu uns kommen, als Gewinn für Brandenburg.

Wir wollen die Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg weiter intensivieren. Gute Beispiele für die Kooperation stärken auch den Gedanken für ein Zusammengehen beider Länder.

Eine enge Zusammenarbeit mit Berlin wird zum gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vorteil der Menschen in der Region von uns befürwortet. Bedingung für einen neuen Fusionsanlauf ist aber, daß die Bevölkerung in beiden Ländern diesen Weg als Möglichkeit für die Verbesserung der eigenen Lebenssituation erkennt.

## **Leben und Wohnen in einer intakten Umwelt in Brandenburg**

Brandenburg, das Land zwischen Elbe und Oder im Herzen Europas, ist geprägt von über viele Jahrhunderte entstandenen Kulturlandschaften. An vielen Stellen finden wir auch noch natürliche Ursprünglichkeit.

Unsere Wälder, Wiesen, Seen und Flußauen mit ihrer Artenvielfalt in Flora und Fauna sind ein Erbe, dem wir in besonderer Weise verpflichtet sind. Diese Artenausstattung, sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft sind die Grundlage für hohe Lebensqualität und touristische Entwicklung.

Wir gestalten unser Land, um die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Dabei geht es uns nicht nur um die heutigen, sondern auch um zukünftigen Generationen, für die wir Wasser, Boden und Luft bewahren wollen.

### **In Brandenburg die Agenda 21 weiter voranbringen**

Natur- und Umweltschutz dienen der Sicherung der Lebensgrundlagen unserer und der nach uns lebenden Generationen. Wir fühlen uns einer nachhaltigen Entwicklung entsprechend den Grundsätzen des Aktionsprogrammes „Agenda 21“ der UN-Konferenz von Rio 1992 über Umwelt und Entwicklung verpflichtet.

Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, daß die ersten Ansätze des „global Denken – lokal Handeln“ der Agenda 21 in den Kommunen fortgeführt werden.

Arbeit und Umwelt gehören zusammen. Energie- und ressourcensparende Technologien, die die Natur schonen, sind ein Schlüssel für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Die Wirtschaft in Brandenburg soll bei der Entwicklung und dem Export dieser Ideen, Dienstleistungen und Produkte einen führenden Platz einnehmen.

Neue Konzepte für naturverträgliches Wirtschaften im Einklang mit Schutz, Nutzung und Entwicklung unserer naturnahen Landschaften werden wir fördern und unterstützen. Alle Bemühungen zur Sicherung und Entwicklung bedrohter und gefährdeter Lebensräume werden nur erfolgreich sein, wenn gegenseitiges Verständnis und die Bereitschaft zur Kooperation vorhanden sind. Der Kooperationsgedanke ist unverzichtbarer Bestandteil Brandenburger Politik.

Wir wollen die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Umweltpolitik weiter erhöhen. Wir werden die Öffentlichkeitsarbeit ausbauen und den Dialog mit Gruppen und Verbänden intensivieren. Umweltbildung muß schon in der Schule beginnen. Alle Bemühungen zum Schutz der Umwelt werden nur dann erfolgreich sein können, wenn die Menschen die Bemühungen um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen mittragen, verstehen und akzeptieren. Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit dienen diesem Ziel.

Aber neben Informations- und Bildungsmaßnahmen werden wir auf die Bekämpfung der Umweltkriminalität nicht verzichten. Vergehen in diesem Bereich wollen wir konsequent ahnden und Vollzugsdefizite abbauen.

Biotechnologie gilt heute als eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Wir wollen, daß Brandenburg mit seinen hervorragenden Forschungseinrichtungen und den Biotechnologiezentren davon profitiert. Es ist gelungen, ein Viertel aller seit 1994 in Deutschland entstandenen Biotechnologieprojekte in unserer Region anzusiedeln. Auf dem Gebiet der Gentechnik trifft die Anwendung in Medizin und Pharmazie auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Eine ethisch verantwortbare Forschung und Entwicklung wird von uns nach Kräften unterstützt und gefördert. Uns kommt es darauf an, eine ehrliche Debatte über deren Risiken zu führen, Verbraucher in ihrer Entscheidungsfreiheit zu schützen und die neuen Möglichkeiten im Sinne einer ökologischen Produktionsweise zu nutzen. Dazu zählen beispielsweise der Schadstoffabbau mit Hilfe gentechnisch veränderter Organismen oder der Einsatz in der Schädlingsbekämpfung und zur Verbesserung der Wasserqualität.

## Brandenburgs Natur und Landschaft bewahren

Brandenburg ist das wald- und gewässerreichste Bundesland. Es ist mit einem reichen eiszeitlichen Formenschatz ausgestattet, besitzt für Mitteleuropa einmalige Vorkommen bedrohter Tier- und Pflanzenarten und verfügt über eine Vielzahl von Natur- und Landschaftsschutzgebiete. In dieser Vielfalt der Landschaften und ihrer Wechselwirkung mit durch den Menschen geprägte Räume liegt der besondere Reiz unseres Landes.

Die Bewahrung und Gestaltung eines naturnahen Fließgewässersystems und der Schutz und die weitere Sanierung der Standgewässer bleiben eine wichtige Aufgabe brandenburgischer Politik.

Schwerpunkte des Hochwasserschutzes sind im Land Brandenburg die Oder, die Elbe, die Spree und das Havelgebiet im Berliner Umland. Etwa 200.000 Menschen werden durch Deiche vor Hochwasser geschützt. Für den Hochwasserschutz stehen in Brandenburg und Berlin über 43.000 Hektar Überschwemmungsfläche bei Hochwasser zur Verfügung.

Spätestens seit dem Oder-Hochwasser ist deutlich, daß zukünftig den Flüssen mehr Raum gegeben und die natürlichen Überschwemmungsflächen erhalten und wiederhergestellt werden müssen. Wir unterstützen die zügige Instandsetzung von Hochwasserschutzanlagen. Insbesondere wollen wir Sicherheit und Zukunft für die Oderregion schaffen und die Existenz der Menschen dauerhaft sichern. Wir werden in den nächsten Jahren die Sanierung der Oderdeiche und den Ausbau der Infrastruktur mit großer Kraft fortsetzen.

Moore sind nicht nur Lebensraum, sondern auch Wasserspeicher, Nährstoff- und CO<sub>2</sub>-Senke. Ihnen werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Geschädigte Moore werden wir renaturieren, intakte langfristig sichern.

Bodenschätze wie Ton, Sand, Kies und Kalkstein sind eine wichtige Basis für die Bau-, Glas-, Keramik- und Zementindustrie. Wir wollen

ihre Gewinnung langfristig sichern. Der Abbau von Bodenschätzen muß bedarfsgerecht sowie umwelt- und regionalverträglich erfolgen.

Die Sanierung und Rekultivierung der seit über 100 Jahren vom Braunkohlebergbau in der Lausitz in Anspruch genommenen Landschaft stellt eines der größten Umweltprojekte in Europa und ein für die Begleitung des Strukturwandels unverzichtbares Beschäftigungsprogramm dar. Wir werden uns deshalb in enger Abstimmung mit den anderen ostdeutschen Braunkohleländern dafür einsetzen, daß auch nach dem Jahre 2002 ein Finanzierungsabkommen zwischen dem Bund und den betreffenden Ländern abgeschlossen wird.

Dieses Umweltprojekt bietet aber auch die Chance, den notwendigen ökologischen und ökonomischen Umbau für eine ganze Region so zu gestalten, daß daraus Zukunftsperspektiven für die Menschen entstehen. Das in der Region entwickelte Konzept einer Internationalen Bauausstellung „Fürst-Pückler-Land, Werkstatt für neue Landschaften in der Lausitz“ baut auf diesem Ansatz auf und stellt ein engagiertes Zukunftskonzept für die Region dar. Wir werden es deshalb in besonderem Maße fördern und unterstützen.

Mit unserem Nationalpark, den Biosphärenreservaten, Naturparks, Landschafts- und Naturschutzgebieten verfügen wir über ein europaweit einmaliges natur- und kulturhistorischem Erbe, das durch die Nutzung der Potentiale der ehemaligen Truppenübungsplätze und Tagebaue noch verstärkt wird.

Wir werden uns weiterhin für eine friedliche und zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide einsetzen.

Die Verantwortung für diese artenreiche Tier- und Pflanzenwelt benötigt eine umweltverträgliche Raumordnung und Landesplanung und eine Partnerschaft von Landschaftsschützern und Landnutzern.

Wir wollen die gewachsenen Kulturlandschaften und naturnahen Landschaften als touristische Anziehungspunkte entwickeln. Dabei kommt den Umlandgemeinden von Berlin in ihrer Naherholungsfunktion und den geschaffenen und zu schaffenden Regionalparks eine besondere Bedeutung zu. Wir setzen uns dafür ein, daß die

zunehmende Nachfrage nach regional erzeugten Lebensmitteln aus ökologischem Landbau und nach naturverträglichem Tourismus erfüllt werden kann

Bei der Ausarbeitung und Durchsetzung von Naturparkkonzeptionen setzen wir uns für die umfassende Beteiligung der Bürger von Anfang an ein. Akzeptanz durch Nutzer und durch die Mehrheit der Bürger ist Voraussetzung für den Erfolg.

Unser Naturschutzprogramm legt seinen Schwerpunkt auf den Auf- und Ausbau von großräumigen, naturnahen Landschaften. Ein Prozent der Landesfläche soll als Totalreservat und zehn Prozent als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Bisher haben wir die Hälfte davon erfolgreich durchgesetzt und wollen diese Arbeit fortsetzen. Im Land Brandenburg sind schon über 30 Prozent der Fläche Landschaftsschutzgebiet.

## Brandenburgs Ressourcen schonen - Abfall vermeiden

Obwohl Brandenburg das Bundesland mit der größten Wasserfläche ist, muß von einem begrenzten Angebot nutzbaren Wassers ausgegangen werden. Wir werden uns wie bisher für einen flächendeckenden und wirksamen Oberflächen- und Grundwasserschutz einsetzen. Insbesondere die Grundwasserbildung wollen wir erhalten und fördern.

Auf dem Gebiet der Trinkwasserbereitstellung und der Abwasserbehandlung konnten in den letzten Jahren weitere Fortschritte erzielt werden. 95 Prozent der brandenburgischen Haushalte sind an das öffentliche Trinkwassernetz und über 60 Prozent an die Abwasserentsorgungssysteme angeschlossen. Ebenfalls über 60 Prozent der Kläranlagen sind modernisiert und auf den neuesten Stand gebracht worden.

Wir werden alle notwendigen und möglichen Schritte unternehmen, um Fehlentwicklungen zu korrigieren und die Trink- und Abwasserpreise sozialverträglich zu gestalten. Dabei wollen wir an den kommunalen Strukturen festhalten und die Verbände weiter bei der Stabilisierung unterstützen.

Wie bisher werden wir uns für eine prioritäre Förderung des Trink- und Abwasserbereiches, auch aus Mitteln der Europäischen Union, einsetzen. Die finanzielle Förderung von Trink- und Abwasserprojekten ist weiter notwendig und wird kontinuierlich erfolgen. Dazu gehören dezentrale Lösungen genauso wie Abrundungs- und Investitionsmittel zur Erhöhung des Anschlußgrades aber auch der Zusammenschluß von Abwasserzweckverbänden, wo dieses strukturell und ökonomisch sinnvoll ist. Der ländliche Raum wird durch gezielte Förderung von Kleinkläranlagen unterstützt.

Die Abfallwirtschaft ist nach modernen Gesichtspunkten neu geordnet worden. Bei der Umsetzung des Sicherungs- und Sanierungsprogramms für Altlasten haben wir spürbare Fortschritte erzielt.

Wir werden uns in Zukunft weiter für geschlossene Stoffkreisläufe einsetzen, indem wir eine sinnvolle Recyclingwirtschaft auf- und ausbauen. Eine umweltschonende Ressourcennutzung soll durch die Förderung neuer innovativer Verfahren und Veränderung in der Produktion und im Konsumverhalten erreicht werden. Die öffentliche Hand sehen wir dabei in einer Vorbildfunktion, die wir weiter ausbauen wollen: Wie im brandenburgischen Abfallwirtschaftsgesetz vorgesehen, sollen weitgehend umweltfreundliche Produkte aus Sekundärrohstoffen oder Mehrwegsystemen benutzt werden.

Gefährlicher Abfall soll vermieden oder durch sichere Verfahren zurückgewonnen und zurückgeführt werden. Eine Entsorgung, die mit dem Gemeinwohl vereinbar ist, braucht eine entsprechende Infrastruktur, die geschaffen und überwacht werden muß. Siedlungsabfälle sollen sortiert, wiederverwertbare und verbrennbare Teile getrennt werden. Vor der Deponierung soll eine mechanisch-biologische Vorbehandlung erfolgen. Pilotanlagen wie in Lübben-Ratsvorwerk werden gefördert.

Wir wollen vermeiden, daß Abfall weiter als unbedingt notwendig transportiert werden muß. Öffentliche Entsorgungspläne wollen wir flexibel halten, damit wir auf geringere Abfallmengen besser reagieren können.

## Wohnen und Bauen - ein sicheres Fundament für Brandenburg

Wohnen als Grundbedürfnis der Menschen ist und bleibt zentrales Politikfeld für uns Sozialdemokraten. Wir machen dabei keinen qualitativen Unterschied zwischen Wohnen zur Miete und Wohnen im Eigentum. Beide Formen sind gleich wichtig. Es kommt darauf an, daß die Förderung des Landes auch weiterhin so eingesetzt wird, daß diejenigen, die der Hilfe bedürfen, die notwendige Unterstützung erhalten.

Der Wohnungsmarkt im Land Brandenburg hat eine rasante Entwicklung genommen. Mit gewaltigen Anstrengungen und hohen finanziellen Zuschüssen aus dem Landeshaushalt ist es uns innerhalb weniger Jahre gelungen, die Wohnungsnot weitgehend zu beseitigen.

Ziel unserer Wohnungspolitik wird es in den kommenden Jahren sein, die Sanierung der Wohnungen in den Großsiedlungen zu sozial verträglichen Preisen weiter voranzutreiben. Daneben stellt der Um- und Rückbau von Plattenbauten eine förderungswürdige städtebauliche Maßnahme dar, die im Zusammenhang mit dem Eintreten für eine Freistellung von Altschulden Gestalt annehmen soll. Die weitere soziale Entmischung dieser Wohngebiete muß verhindert werden. Nur ein reichhaltiges Kultur- und Handelsangebot sowie ein angenehmes Wohnumfeld führt dazu, daß sich die Menschen wohlfühlen und eine lebenswerte Umwelt haben.

Den Neubau von öffentlich geförderten Mietwohnungen werden wir an den Schwerpunkten mit besonderem Bedarf konzentrieren. Dabei werden wir darauf achten, daß vornehmlich Standorte in den Innenstädten gefördert werden

Wir werden der Förderung des Genossenschaftsgedankens im Wohnungswesen besondere Aufmerksamkeit widmen. Der genossenschaftliche Wohnungsmarkt ist eine sinnvolle und preisgünstige Alternative für viele Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen. Er ist darüber hinaus ein besonderer Faktor zur Stabilisierung der Wohnungsmieten.

Besondere Bedeutung messen wir der Novellierung des Wohngeldgesetzes bei. Zwar ist es gelungen, die Sondersituation für das Wohngeld in den ostdeutschen Bundesländern noch einmal bis zum Jahr 2000 zu verlängern. Wir werden uns aber weiter für eine dauerhaft tragfähige Neuregelung einsetzen, die den Anspruchsberechtigten eine wirksame Unterstützung sichert.

Die Menschen in unserem Land erleben den Zustand ihrer Städte und Gemeinden und ihre Wohnsituation als Einheit.

Der städtebauliche Verfall der Innenstädte, der bis 1989 weithin ungebremst vonstatten ging, stellt die brandenburgischen Kommunen vor immense Probleme. Die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden leidet aber noch zusätzlich unter dem schleichenden Zerfall der alten Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Freizeit.

Die Zersiedlung der Städte, die Ansiedlung von Handel und Gewerbe am Rande der Städte und vielfach mangelnde Strukturen zur Freizeitgestaltung markieren die Anknüpfungspunkte unserer Politik zur Wiederbelebung der Innenstädte. Im Kern geht es darum, den Innenstädten zumindest Teile ihrer traditionellen Aufgaben zu erhalten bzw. zurückzugeben, ohne die neu entstandenen Tatsachen - die Großsiedlungen am Rande der Städte - zu vernachlässigen.

Die Ansiedlung von Handel und Gewerbe auf der grünen Wiese darf in Zukunft nur die Ausnahme sein, weil die Verdichtung der Städte und Gemeinden und deren Entwicklung zu urbanen, lebendigen Zentren des Landes für uns Vorrang hat.

Wir wollen, daß es Spaß macht und angenehm ist, sich in den Innenstädten Brandenburgs aufzuhalten, die ein menschenfreundliches Stadtbild mit den Funktionen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Kultur verbinden. Wir treten deshalb dafür ein, daß die Städtebauförderung auf hohem Niveau stabilisiert wird.

## Sicherheit für Eigentümer und Nutzer

Wir werden uns weiterhin für Erleichterungen bei der Durchführung der vermögensrechtlichen Regelungen im Immobilienbereich der

neuen Länder einsetzen, auch wenn die Grundentscheidungen heute nicht mehr abänderbar sind. Wir wollen vor allem Fehlentwicklungen und soziale Härten korrigieren, die sich bei der Umsetzung des Vermögensrechts ergeben haben. Dies gilt insbesondere für die Bedingungen des Ankaufs von Grundstücken nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz. Hier müssen die Probleme bei der Bewertung der Eigenleistungen der Eigenheimbesitzer unter Berücksichtigung der vor dem Beitritt bestehenden Wertverhältnisse noch vom Gesetzgeber gelöst werden. Dabei werden wir uns auch dafür einsetzen, daß Grundstücke, deren Eigentümer nicht auffindbar sind, von den Nutzern erworben werden können.

Die Nutzung von Erholungsgrundstücken muß bezahlbar bleiben. Wir werden uns deshalb mit allem Nachdruck um eine nochmalige Überprüfung der Nutzungsentgeltverordnung bemühen. Hier muß es dabei bleiben, daß es zwischen den Eigentümern - in vielen Fällen den Kommunen - und den Nutzern zu einem fairen Interessenausgleich kommt. Für große Grundstücke soll die Möglichkeit einer Teilflächenkündigung geschaffen werden, um die finanziellen Belastungen der Nutzer verringern zu können. Auch für den Fall, daß der Nutzer kündigt, soll ihm ein Anspruch auf Zeitwert-Entschädigung für seine Baulichkeiten und Anpflanzungen zustehen.

## Brandenburg - mitten in Europa

Die Europäische Union ist der beste Garant für Frieden, Sicherheit und soziale Stabilität. Nur durch immer engere europäische und internationale Zusammenarbeit kann das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts werden.

Wir begreifen ein geeintes Europa als Chance und nicht als Bedrohung.

Seit Anfang dieses Jahres gilt der Euro in der gemeinsamen Währungsunion. Er ist eine geeignete Antwort auf die sich verändernden Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft. Wir brauchen die gemeinsame Währung in Europa, um Arbeit und soziale Stabilität sichern zu können. Wir wollen, daß der Euro genauso stabil wird wie die Deutsche Mark.

Wir unterstützen die Unternehmen in Brandenburg bei der Umstellung auf die gemeinsame europäische Währung.

Brandenburg steht mit der längsten deutschen Grenze zu Polen in einer besonderen Verantwortung bei der Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Die drei Euroregionen Viadrina, Pomerania und Spree-Neiße-Bober haben für die Zusammenarbeit mit Polen und für die Stärkung der Städte und Gemeinden an der Grenze eine besondere Bedeutung. Das ist gelebte europäische Zusammenarbeit. Sie schafft Arbeitsplätze und nützt Brandenburg. Über 200 Mio. DM sind zwischen 1995 und diesem Jahr für Frankfurt (Oder) und die Brandenburger Kreise an der polnischen Grenze aus Mitteln der Europäischen Union aufgewandt worden.

Europäische Zusammenarbeit und europäische Einheit entstehen gerade dort, wo Menschen gemeinsam Infrastruktur errichten und nutzen. Der Bau des Klärwerkes Guben/Gubin, die Zusammenarbeit im Umwelt- und Katastrophenschutz sind gute Beispiele.

Die Euroregionen sollen das gutnachbarschaftliche Verhältnis zwischen Polen und Deutschen vertiefen, die regionale Identität festigen und den Wohlstand der Menschen in der Grenzregion heben. Sie sind eines der besten Mittel, die Idee der europäischen Einheit und der internationalen Verständigung zu fördern.

Die Europauniversität „Viadrina“ in Frankfurt (Oder) hat gemeinsam mit der Adam-Mickiewicz-Universität Poznan das „Collegium Polonicum“ ins Leben gerufen. Die Universität übernimmt damit eine Brückenfunktion zwischen West- und Osteuropa und spielt eine besondere Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die Förderung dieser Zusammenarbeit werden wir fortsetzen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, grenznah Stellen zu schaffen, die bei Streitigkeiten und bei Konflikten mit Gesetzen und Vorschriften Ansprechpartner sind. Insbesondere bei Ordnungswidrigkeiten wollen wir so in Polen und Deutschland einfache Lösungen für einfache Probleme trotz der Sprachbarriere schaffen.

In Zukunft wollen wir diese Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn auf kommunaler Ebene ausweiten und weiterhin intensiv unterstützen. Wir werden uns bei der Fortschreibung der Europäischen Projekte dafür einsetzen, daß statt des bisherigen Territorialprinzips der Nutzen für die Bürger in Deutschland und Polen im Mittelpunkt steht.

Durch seine Abgeordneten im Europaparlament, den Ausschuß der Regionen und sein Verbindungsbüro in Brüssel ist das Land Brandenburg unmittelbar an europäischen Entscheidungen und Diskussionen beteiligt.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist Brandenburg in eine enge europäische Zusammenarbeit eingebunden. Ein großer Teil der Infrastrukturinvestitionen des Landes und der Programme zur Strukturhilfe werden aus Mitteln der Europäischen Union mitfinanziert. Diesen hohen Förderanteil wollen wir erhalten, bis Brandenburg den Anschluß an die europäische Entwicklung erreicht hat.

In den nächsten Jahren steht die Entscheidung über die Osterweiterung der Europäischen Union an. Wir unterstützen das Anliegen unserer polnischen Nachbarn, Mitglieder der Europäischen Union zu werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß Polen so schnell es möglich ist und ohne daß Brandenburg daraus Nachteile erwachsen, gleichberechtigt in Europa mitwirken kann.

Aus menschlicher Solidarität und wohlverstandendem Eigeninteresse an Frieden und menschenwürdigen Lebensbedingungen in allen Weltregionen wollen wir eine nachhaltige Entwicklungspolitik. Die Entwicklungszusammenarbeit soll den fairen Interessenausgleich zwischen Nord und Süd dienen. Nachhaltige Entwicklung ist eine gemeinsame Zukunftsaufgabe und geht uns alle an.

Wir werden daher weiterhin mit konkreten Projekten die eigenen Anstrengungen der Entwicklungsländer zum Aufbau ihrer wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Strukturen unterstützen.

## **Kultur in Brandenburg - der Identität unseres Landes verpflichtet**

Brandenburg ist ein traditionsreiches Kulturland. Gerade deshalb ist Kultur unverzichtbarer Bestandteil des Lebens und wesentliche Voraussetzung für die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Kultur trägt dazu bei, den Menschen inneren Halt und Orientierung zu geben.

Brandenburg ist geprägt durch den Geist von Sanssouci: Toleranz und Achtung vor der Würde des Menschen prägen unser Handeln. Wir wollen unser Land weiterentwickeln und auf die Zukunft vorbereiten. Wir gestalten den Übergang in die moderne Informations- und Wissensgesellschaft, ohne unsere Tradition und unsere Geschichte zu vergessen.

Kultur ist das Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Lebensbereichen, zwischen dem Menschen und seiner Umgebung.

### **Kulturland Brandenburg**

Wir wollen allen Bürgern eine gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen. Kultur darf nicht zum kostspieligen Freizeitspaß für einige Wenige werden.

Die Förderung von Kunst und Kultur ist für uns eine öffentliche Aufgabe – wie es auch die Landesverfassung festschreibt. Sowohl das Land als auch die Kommunen wollen wir in die Pflicht nehmen, gemeinsam verantwortlich für eine kooperative Kulturentwicklungsplanung und die Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur zu arbeiten. Gemeinsam mit den Künstlern und den im Kulturbereich Tätigen müssen dabei neue Wege beschritten werden. Wir wollen die Beteiligung aller im Kulturbereich stärken.

Deshalb werden wir uns für die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für den kulturwirtschaftlichen Sektor einsetzen, insbesondere im Film- und Medienbereich, bei den Galerien, Theatern und Museen. Die gemeinsame Vergabe von Filmfördermitteln für die Re-

gion Berlin-Brandenburg hat sich bewährt. Daher soll die gute Arbeit der Filmboard GmbH fortgesetzt werden.

Damit die Region konkurrenzfähig bleibt, müssen neue Instrumente der Film- und Fernsehfinanzierung entstehen, die in der Lage sind, privates Kapital in den Mediensektor zu lenken. Auch dabei ist nur ein gemeinsames Vorgehen von Brandenburg und Berlin erfolgversprechend.

Die kulturelle Infrastruktur in Brandenburg konnte bisher durch die Maßnahmen der Kommunen und des Landes gemeinsam erhalten werden.

Wir werden weiterhin unseren finanziellen Beitrag für den Erhalt eines vielfältigen kulturellen Angebotes leisten und die Vielfalt der Kultur in Brandenburg weiter unterstützen.

Dazu müssen wir gemeinsam mit den Kommunen tragfähige und zukunftsweisende Strukturen finden und eine angemessene Unterstützung der brandenburgischen Theater, Orchester, Jugendtheater, Kabaretts und Puppentheater bereitstellen. Dies gilt auch für die Museen, Bibliotheken und Musikschulen.

In der sorbischen/wendischen Sprache, Geschichte und Kultur sind die Traditionen der einst slawischen Bevölkerung Brandenburgs bis heute erhalten.

Die Stiftung für das sorbische Volk hat daher eine hohe Verantwortung für die Identität der nationalen Minderheit, die unser Land gleichberechtigt mitgestaltet. Wir werden gemeinsam mit dem Bund und Sachsen die Finanzierung weiter sichern.

Für Jugendliche muß ein jugendorientiertes Angebot der Soziokultur und der kulturellen Bildung durch die Förderung von Kunst- und Musikschulen, Schultheatern und anderen Trägern kultureller Bildungsarbeit garantiert werden.

Die Finanzierung der Kultur braucht eine dauerhafte Neuordnung. Wir werden die Kommunen dabei auch in Zukunft unterstützen. Die wirtschaftliche und soziale Situation der Künstlerinnen und Künstler wollen wir verbessern, indem wir günstigere Rahmenbedingungen für

die Belegung eines Kunstmarktes schaffen. Insbesondere wollen wir mehr privates Engagement zur Unterstützung von Kunst und Kultur fördern.

Das historische Profil unseres Landes wollen wir erhalten und stärken. Dazu gehören auch die Kulturdenkmäler, die wir durch verstärkten Einsatz von Mitteln im Denkmalschutz sanieren wollen. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sollen auch in Zukunft solide finanziell ausgestattet werden, dazu muß insbesondere der Bund seiner Verantwortung stärker nachkommen. Ebenso wollen wir das Landeshauptarchiv ausbauen.

Brandenburg gewinnt Profil als Kulturland. Es verfügt über eine tief verwurzelte Kulturgeschichte. Daran erinnern die lebendige Kultur der Sorben, die regionalen Identitäten, die Klöster der Zisterzienser und die Prägungen durch die preußische Geschichte, nicht zuletzt mit den vielen Schlössern und Parks. Zum Profil des Kulturlandes Brandenburg gehört aber auch die Liste der weltweit bekannten Schriftsteller wie Fontane, Kleist oder Brecht, die in Brandenburg gelebt und gearbeitet haben. Sie prägen die Wahrnehmung unseres Landes, genauso wie die zahlreichen Technikmuseen. Ein besonderes Markenzeichen Brandenburger Kultur sind die vielen Musikfeste, die sich zu Magneten für Kunst- und Kulturliebhaber, insbesondere aus Berlin entwickelt haben. Kultur wirkt damit als eine wichtige Säule für die Entwicklung des Tourismus in Brandenburg.

## Brandenburg im zweiten Jahrtausend seiner Geschichte

Im Jahre 948 erfolgte die Gründung des reichsrechtlichen Territoriums Bistum Brandenburg. Die Wurzeln unseres Landes reichen weit in die Geschichte zurück und dieser Geschichte sind wir uns in unserem Handeln bewußt.

Mit dem Beginn des neuen, dritten Milleniums wird Brandenburg weiter seine Fähigkeit unter Beweis stellen müssen, mit den Grundwerten der Toleranz die neue Zukunft gestalten zu können.

Die Identität Brandenburgs liegt genauso in den alten Zisterzienserklöstern wie in dem modernen Institut für Halbleiterphysik, das zur Jahrtausendwende in Frankfurt (Oder) fertiggestellt wird.

Attraktive Landschaft und artenreiche Natur prägen unser Land genauso wie der Medienstandort Babelsberg. Wir haben unser Land sehr gut für die zukünftigen Entwicklungen vorbereitet. Wir haben es gemeinsam geschafft, Arbeitsplätze neu zu schaffen und bestehende zu erhalten. Sicherheit und Gerechtigkeit wollen wir für alle Menschen in Brandenburg garantieren. Die Grundlagen für ein zufriedenes Leben haben wir in den vergangenen Jahren bereitet.

Bei der EXPO 2000 „Mensch-Natur-Technik“ wird Brandenburg mit einer Vielzahl anerkannter und offiziell registrierter Projekte präsent sein. Mit Berlin kooperieren wir gut: Unsere Region hat die gleiche Geschichte und wir können nur gemeinsam gewinnen.

Die Bundesgartenschau 2001 in Potsdam, das „Kulturland Brandenburg“ sind Aushängeschilder für unser Land Brandenburg, mit dem wir uns im In- und Ausland präsentieren. Mit den Landesgartenschauen und dem jährlichen Brandenburg-Tag wollen wir auch in Zukunft die Identität unseres Landes und unserer Region stärken.

Brandenburg hat eine traditionsreiche Geschichte und ein beachtliches Potential. Wir wollen gemeinsam mit allen Bürgern sowie ihren Verbänden und Vereinen dafür arbeiten, unser Land zu entwickeln.

Wir Brandenburger Sozialdemokraten laden deshalb alle Bürger unseres Landes ein, einen Beitrag für unseren Fortschritt und unsere Zukunft im Interesse des Landes, seiner Traditionen und seiner Menschen zu leisten.

Wir wollen Brandenburg menschlich gestalten.

# Index

Im folgenden Index sind die wichtigsten Stichworte des Landtagswahlprogrammwurfes aufgeführt. Bei längeren Abschnitten zu einem Thema wird i. d. R. auf den Anfang des Abschnitts verwiesen.

## A

Abitur .....	35
Agenda .....	21, 13, 83
Altersteilzeitgesetz .....	27
ambulante Hilfe-Zentren .....	56
Arbeit .....	7, 22, 23, 24, ..... 31, 43, 58, 98
Arbeitsförderung .....	7, 22, 23, ..... 24, 26, 56
Arbeitsschutz .....	28
Arbeitsumverteilung .....	22, 26, 27
Ausbildungsförderung .....	41, 55
Ausbildungsplatz. <i>Siehe</i> Berufsausbildung	
äußerer Entwicklungsraum ...	74, 80

## B

Begabung .....	35
Behinderte .....	34, 57
Berufsausbildung 11, 22, 23, 30, 31, ..... 37, 44, 52, 54, 58, 62, 67	
Bildung .....	29, 30, 43, 55
Bildungs- und Wissens offensive .....	30, 33, 44
Biotechnologie .....	42, 84
Braunkohle .....	12, 86
Bundesgartenschau .....	98

## C

Chancengleichheit .....	7, 30, 35, ..... 47, 55, 74
-------------------------	--------------------------------

## D

Denkmalschutz .....	97
Dezentrale Konzentration .....	74, 81
Dienstleistung .....	9, 13, 44
Drogen .....	50

## E

Ehrenamt .....	53, 54, 59, 72
Eltern. ....	<i>Siehe</i> Familie
Energie .....	8, 12, 13, 83
Entwicklungspolitik .....	94
EURO .....	92
Europäische Union .....	14, 25, ..... 75, 88, 92ff.
Euroregionen .....	92
Existenzgründung. <i>Siehe</i> Unternehmensgründung	
EXPO 2000 .....	98
Export .....	13

## F

Familie .....	31, 34, 50, 53, 62
Feuerwehr .....	72
Fischerei .....	81
Forschung .....	12, 39, 41, 42
Forst .....	9, 15, 26, 81
Frauen .....	22, 23, 51, 52
Fremdenfeindlichkeit 69	



- G**
- Generationenvertrag 27, 55  
 Gentechnik. *Siehe* Biotechnologie  
 Gerechtigkeit ..... 66  
 Gericht ..... 61, 66, 67  
 Gesundheit ..... 29, 49, 57  
 Gleichstellung. *Siehe* Frauen  
 Graduiertenförderung ..... 41  
 Großsiedlungen ..... 89
- H**
- Handwerk ..... 9  
 Haushalt ..... 76, 78  
 Hochschule ..... 7, 9, 11, 30, 31,  
 .39, 41, 43, 44, 54, 66, 76, 93  
 Hochwasser 85
- I**
- Identität ..... 47, 74, 75, 98  
 Industrie ..... 8, 9, 10, 42  
 Informations- und Kommunikations-  
 technologie ..... 10, 12, 29, 38,  
 ..... 44, 45, 66, 80  
 Informations- und Wissens-  
 gesellschaft ..... 29, 30  
 Infrastruktur ..... 19, 22, 24, 76, 95  
 Innenstädte ..... 90  
 Innovation ..... 9, 10, 42, 43  
 Insolvenzberatung. *Siehe* Schuldner-  
 beratung  
 Investition ..... 9, 40, 49, 69, 76
- J**
- Jugend ..... 27, 53, 54, 59,  
 ..... 62, 65, 71, 72, 96  
 Justiz ..... 63, 66
- K**
- Kinder .34, 50, 52, 53, 54, 57, 72  
 Kläranlagen ..... 87  
 Kommunen .30, 51, 54, 60, 62, 64,  
 71, 74, 76, 78, 90, 92, 95, 96  
 Konnexitätsprinzip ..... 79  
 Krankenhäuser ..... 49, 57, 76  
 Kriminalität 47, 61, 63, 64, 67, 84  
 Kultur ..... 26, 29, 47,  
 ..... 53, 69, 75, 95, 97
- L**
- Länderfusion ..... 82  
 Landesgleichstellungsgesetz ..... 51  
 Landesjugendplan ..... 55  
 Landkreise .22, 25, 26, 54, 58, 92  
 ländlicher Raum ..... 44, 45, 80, 88  
 Landwirtschaft ..... 81  
 Lebensgemeinschaft. *Siehe* Familie  
 gleichgeschlechtliche ..... 51  
 Lehrer ..... 32, 71  
 Lehrstelle. *Siehe* Berufsausbildung
- M**
- Medien ..... 8, 10, 45, 95  
 Medizin. *Siehe* Gesundheit  
 Mittelstand ..... 7, 10, 13  
 Mobilen Einsatzgruppe gegen Auslän-  
 derfeindlichkeit (MEGA) ..... 70
- N**
- Naturschutz ..... 19, 83, 86, 87
- P**
- Pflege ..... 56, 57  
 Polen ..... 14, 39, 92, 93, 94  
 politische Bildung ..... 54  
 Polizei ..... 61, 63, 65, 70  
 psychiatrische Versorgung ..... 49

**Q**

Qualifizierung ..... 7, 12, 23, 24,  
..... 30, 31, 43, 45, 58, 72

**R**

Radwege ..... 19, 53  
Rechtsextremismus ..... 69, 70  
Rechtsstaat ..... 66  
Recycling ..... 88  
Rehabilitationskliniken ..... 49

**S**

Schuldnerberatung ..... 51  
Schule ..... 7, 11, 30, 31, 36, 44,  
. 50, 54, 60, 62, 63, 67, 71, 76  
Schwangerschaft ..... 52  
Schwarzarbeit ..... 27  
Selbständigkeit ..... 11  
Senioren ..... 55, 73  
Sicherheit  
    Innere ..... 47, 61, 64, 98  
    soziale ..... 47, 48, 98  
Soziokultur ..... 96  
Sparkassen ..... 79  
Sport ..... 26, 59, 60  
Staatsanwaltschaften ..... 61, 63, 66  
Strukturanpassungs  
    maßnahmen ..... 24, 26  
Studiengebühren ..... 55

**T**

Technologiepolitik ..... 8, 29, 42  
Teledienstleistungsunternehmen . 45  
Telekommunikation ..... 10, 43  
Tolerantes Brandenburg ..... 69  
Toleranz ..... 31, 47, 59, 70, 97  
Tourismus ..... 17, 82

**U**

Übergangsförderung ..... 25  
Umwelt. *Siehe* Naturschutz  
Umweltbildung ..... 84  
Unternehmensgründung ..... 10

**V**

Verkehr ..... 10, 19, 64  
Verwaltung ..... 80

**W**

Wagniskapital ..... 43  
Wasser ..... 87  
Weiterbildung .. 23, 29, 37, 41, 52  
Werte ..... 31  
Wirtschaft ..... 7, 8, 24, 26,  
..... 29, 40, 69, 81, 83  
Wohnen ..... 50, 82, 89

**Z**

Zentralabitur *Siehe* Abitur

# Inhaltsverzeichnis

I. Arbeitsplätze und Innovation. ....	7
...damit wir Zukunft für Brandenburg entwickeln.	
Brandenburgs Wirtschaft stärken .....	8
Industrie in Brandenburg - im Kern stabil .....	10
Mittelstand in Brandenburg - Motor für Wirtschaft und Arbeitsplätze .....	10
Energie in Brandenburg - ökologisch erzeugen und nutzen .....	12
Brandenburgs Exportwirtschaft - "Made in Brandenburg" stärken .....	13
Land- und Forstwirtschaft in Brandenburg .....	14
Tourismus in Brandenburg - Natur und Kultur erfahren .....	17
Infrastruktur und Verkehr in Brandenburg - kurze Wege zu neuer Arbeit .	19
 Für Brandenburg Arbeitsplätze schaffen - und bestehende sichern .....	22
Beschäftigung sichern mit Arbeitsförderung in Brandenburg .....	24
Arbeits- und Wirtschaftsförderung in Brandenburg stärker verzahnen .....	25
Gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in Brandenburg .....	27
 Innovationen für Brandenburgs Zukunft .....	29
Zukunft für Brandenburg: Eine Schule für das Wissen von Morgen .....	30
Erstausbildung für alle in Brandenburg garantieren .....	37
Priorität für Hochschule und Wissenschaft in Brandenburg .....	39
Mit Technologiepolitik Innovationen in Brandenburg fördern .....	42
Brandenburg – Medien- und Telekommunikationsstandort mit Zukunft	43

**II. Sicherheit und Gerechtigkeit. .... 47**  
... damit wir gemeinsam ein tolerantes Brandenburg schaffen.

Sicherheit durch Zusammenhalt:

Unsere Politik für Fortbestand und Ausbau

der sozialen Demokratie .....	48
Gesundheit in Brandenburg - für alle Menschen .....	49
Für ein familienfreundliches Brandenburg .....	50
Gleichstellung in Brandenburg - Frauen nach vorn .....	51
Kleine Brandenburger werden bei uns groß geschrieben .....	53
Chancen für Jugendliche - Aufbruch in die Zukunft Brandenburgs .....	54
Respekt und Würde - Senioren in Brandenburg .....	55
Integration Behinderter: Hilfe zur Selbsthilfe in Brandenburg .....	57
"Ein Land läßt seine Muskeln spielen" - Bewegung für Brandenburg .....	59

In Brandenburg den Rechtsstaat ausbauen und die Innere Sicherheit bewahren .....

Ursachen bekämpfen und klare Grenzen setzen - Brandenburgs Einsatz gegen Jugendkriminalität .....	62
Organisierte Kriminalität in Brandenburg bekämpfen .....	63
Sicherheitspartnerschaften - der Brandenburger Weg zur Prävention .....	64
Mehr Sicherheit im Verkehr für Brandenburg .....	64
Polizei in Brandenburg -	
Ansprechpartner für die Bürger .....	65
Das Vertrauen in den Rechtsstaat in Brandenburg stärken .....	66

Tolerantes Brandenburg .....

Kein Platz in Brandenburg für Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus .....	69
Gemeinsam in Brandenburg für Toleranz und Akzeptanz .....	70

Gemeinsinn stärken - Brandenburg gewinnt durch das Engagement seiner Bürger .....	72
<b>III. Unser Land und unsere Zukunft. ....</b>	<b>74</b>
... damit wir Brandenburgs Identität stärken.	
<b>Brandenburgs Handlungsfähigkeit sichern .....</b>	<b>76</b>
Gut Haushalten für Brandenburgs Zukunft: Solide Finanzpolitik .....	76
Leistungsfähige Kommunen - Rückgrat für ein starkes Brandenburg .....	78
Brandenburgs bürgernahe Verwaltung weiter modernisieren .....	79
Ländlicher Raum - Landesentwicklung für Brandenburg .....	80
Brandenburg und Berlin - gute Ideen kennen keine Grenzen .....	82
<b>Leben und Wohnen in einer intakten Umwelt in Brandenburg</b>	<b>83</b>
In Brandenburg die Agenda 21 weiter voranbringen .....	83
Brandenburgs Natur und Landschaft bewahren .....	85
Brandenburgs Ressourcen schonen - Abfall vermeiden .....	87
Wohnen und Bauen - ein sicheres Fundament für Brandenburg .....	89
Sicherheit für Eigentümer und Nutzer .....	90
Brandenburg - mitten in Europa .....	92
<b>Kultur in Brandenburg - der Identität unseres Landes verpflichtet .....</b>	<b>95</b>
Kulturland Brandenburg .....	95
Brandenburg im zweiten Jahrtausend seiner Geschichte .....	97

## Die SPD vor Ort.

Hier finden sie die Adressen und Telefonnummern der SPD-Unterbezirke:

### SPD-Unterbezirk Barnim

Eisenbahnstraße 20  
16225 Eberswalde  
☎ 03334/236930  
☎ 03334/236929  
✉ UB-Barnim@spd.de

### SPD-Unterbezirk Frankfurt/Oder

Sophienstraße 9  
15230 Frankfurt/Oder  
☎ 0335/6851911  
☎ 0335/6851967  
✉ UB-Frankfurt-Oder@spd.de

### SPD-UB Brandenburg a.d. Havel

Nicolaiplatz 12  
14770 Brandenburg a.d. Havel  
☎ 03381/303339  
☎ 03381/303339  
✉ UB-Brandenburg@spd.de

### SPD-Unterbezirk Havelland

Goethestraße 53  
14641 Nauen  
☎ 03321/455681  
☎ 03321/455688  
✉ UB-Havelland@spd.de

### SPD-Unterbezirk Cottbus

Am Turm 22  
03046 Cottbus  
☎ 0355/23203  
☎ 0355/793415  
✉ UB-Cottbus@spd.de

### SPD-Unterbezirk Märkisch-Oderland

Berliner Straße 31 a  
15306 Seelow  
☎ 03346/634  
☎ 03346/844192  
✉ UB-Maerkisch-Oderland@spd.de

### SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald

Bahnhofstraße 42  
15907 Lübben  
☎ 03546/183203  
☎ 03546/183215  
✉ UB-Dahme-Spreewald@spd.de

### SPD-Unterbezirk Oberhavel

Lehnitzstraße 11  
16515 Oranienburg  
☎ 03301/702200  
☎ 03301/535218  
✉ UB-Oberhavel@spd.de

### SPD-Unterbezirk Elbe-Elster

Kirchplatz 1  
03238 Finsterwalde  
☎ 03531/2086  
☎ 03531/2086  
✉ UB-Elbe-Elster@spd.de

### SPD-Unterbezirk Oder-Spree

Juri-Gagarin-Straße 44  
15517 Fürstenwalde  
☎ 03361/340733  
☎ 03361/340734  
✉ UB-Oder-Spree@spd.de

SPD UB Oberspreewald-Lausitz  
Kreuzstraße 14  
01968 Senftenberg  
☎ 03573/73437  
📠 03573/73437  
✉ UB-OSL@spd.de

SPD-Unterbezirk Ostprignitz-Ruppin  
Fridrich-Engels-Straße 25  
16816 Neuruppin  
☎ 03391/3279  
📠 03391/650154  
✉ UB-OPR@spd.de

SPD-Unterbezirk Potsdam  
Friedrich-Ebert-Straße 61  
14469 Potsdam  
☎ 0331/291043  
📠 0331/2708535  
✉ UB-Potsdam@spd.de

SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark  
Straße der Einheit 53  
14806 Belzig  
☎ 033841/30290  
📠 033841/30290  
✉ UB-Potsdam-Mittelmark@spd.de

SPD-Unterbezirk Prignitz  
Mühlenstraße 18  
19348 Perleberg  
☎ 03376/612910  
📠 03376/612910  
✉ UB-Prignitz@spd.de

SPD-Landesverband Brandenburg  
Friedrich-Ebert-Straße 61  
14469 Potsdam  
☎ 0331/2708534  
📠 0331/2708535  
✉ info@spd-brandenburg.de

Bibliothek der FES



1152708

